

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

## VORANSCHLAG 1998 *o* Noch nicht der grosse Wurf

# Solidarität mit den Jungen ist gefragt

In der Wintersession behandeln National- und Ständerat den Voranschlag 1998. Die bundesrätliche Vorgabe wird durch das Parlament noch etwas gekürzt werden. Diese Korrekturen im Bereiche weniger hundert Millionen Franken dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass für eine umfassende Sanierung des Bundeshaushalts ungleich grössere Anstrengungen unternommen werden müssen. Ziel ist nicht die Sanierung an sich, sondern die Schaffung von Handlungsspielraum für die heutige und die zukünftigen Generationen.

**GUIDO SCHOMMER,  
PRESSECHIEF  
DER FDP SCHWEIZ**



Alljährlich wird der Voranschlag des nächsten Jahres in der Wintersession der eidgenössischen Räte zum Thema. Jedes Jahr wiederholen sich die ewig gleichen Sparübungen in der Grössenordnung von Tropfen auf heissen Steinen.  
So auch 1997: Der Bundesrat hat ein Budget vorgelegt, die Finanzkommissionen von National- und Ständerat geben sich redlich Mühe, noch die eine oder andere Million einzusparen, der Erfolg muss bescheiden bleiben: einige hundert Millionen Franken im besten Fall. Solches Tun ist zwar löblich und notwendig, doch führt dies nie und nimmer zu einer Sanierung des Bundeshaushalts. Zu die-

sem Zweck muss mit der grossen Kelle angerührt werden.

### Zinslast erwürgt neue Bundesaufgaben

Die FDP hat schon früh ihre Unterstützung des Vorhabens von Bundesrat Kaspar Villiger bekundet, den Haushalt des Bundes bis ins Jahr 2001 zu sanieren. Bereits am 12. September 1997 hat eine Arbeitsgruppe der FDP-Fraktion einen Bericht vorgelegt, der konkret notwendige mittelfristige Sparmassnahmen aufzeigt. Zudem wird eine gründliche Aufgabenüberprüfung beim Bund verlangt, die weitere Einsparungen bringen soll.

Ziel dieser ausgabenseitigen Sanierung muss es sein, zu Beginn des neuen Jahrtausends einen Bundeshaushalt präsentieren zu können, der keine Neuverschuldung mehr verur-

sacht. Gespart werden soll aber nicht um des Sparens willen, sondern um die Handlungsfähigkeit der nächsten und der heutigen Generation nicht auf ein unerträgliches Minimum zu beschränken.

Wenn schon heute ein Betrag in der Grössenordnung von jährlich fast 3,5 Milliarden Franken allein für Zinszahlungen aufgewendet werden muss – mehr als insgesamt vom Bund für Bildung und Grundlagenforschung ausgegeben wird –, so kann man sich unschwer vorstellen, was ein steigendes Defizit oder steigende Zinssätze bedeuten. Dieses Geld fehlt für echte Bundesaufgaben. Neue Aufgaben können in einem solchen Umfeld kaum mehr angepackt werden. Dies führt zu einem schlimmen Status quo. Das ist es, was wir unter eingeschränktem Handlungsspielraum verstehen.

### Linke Politik der nicht einlösbaren Versprechen richtet sich gegen Junge

Die Schweiz wird in den nächsten Jahren ihre Armee verkleinern, die Landwirtschaft grundlegend reformieren, einige Bereiche aus der Bundesverwaltung ausgliedern, allein: das reicht nicht. Auch die grossen Brocken, namentlich die

**FDP SCHWEIZ**

**Inhalt**

- Eine Vorankündigung zur Delegiertenversammlung vom 24. Januar 1997 in Zürich finden Sie auf Seite **6**
- Den Präsidentenbrief von Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger lesen Sie ab Seite **7**
- Eine Stellungnahme zur sogenannten Umverteilung der Arbeit auf Seite **9**
- Den neuen «Freisinn»-Wettbewerb sucht man auf Seite **17**

**FDP**

Sozialversicherungen und der Verkehr, werden Federn lassen müssen. Wer heute noch Ausbauschritte im Sozialbereich fordert, ist in höchstem Masse unsolidarisch mit den nächsten Generationen und mit sich selbst.

Man kann, wie die SP es tut, fortwährend weitere soziale Manna fordern, mit dem Hintergedanken, die aufgelaufenen Schulden mit einer inflationsfördernden Geldpolitik der Nationalbank irgendwann «abzuwerten». Vereinfacht ausgedrückt, werden durch starke Inflation Schuldner – also jene, die tendenziell über ihre Verhältnisse gelebt haben – begünstigt, während Eigentümer von Geld- und geldähnlichen Werten sowie Gläubiger verlieren.

So sieht linke Antisolidarität aus. Von Nachhaltigkeit und Solidarität mit den Jungen keine Spur.

**ZUM THEMA**

Sanierungspakete sind zu schnüren, die das bisher gekannte Sparen im Sektorellen durch Sanierung im Ganzen ersetzen. Die Tropfen müssen einem Wasserfall weichen.

Verschlimmert wird die Situation noch dadurch, dass zukunftsorientierte oder neue Bundesaufgaben keine, alteingesessene Subventionsempfänger dagegen sehr starke Lobbys besitzen.

Ziel dieser ausgaben-  
seitigen Sanierung muss es sein, zu Beginn des neuen Jahrtausends einen Bundeshaushalt präsentieren zu können, der keine Neuverschuldung mehr verursacht.

SCHWEIZERISCHE  
LANDESBIBLIOTHEK  
HALMAYLSTRASSE 16  
3003 BERN  
229  
61-84700011

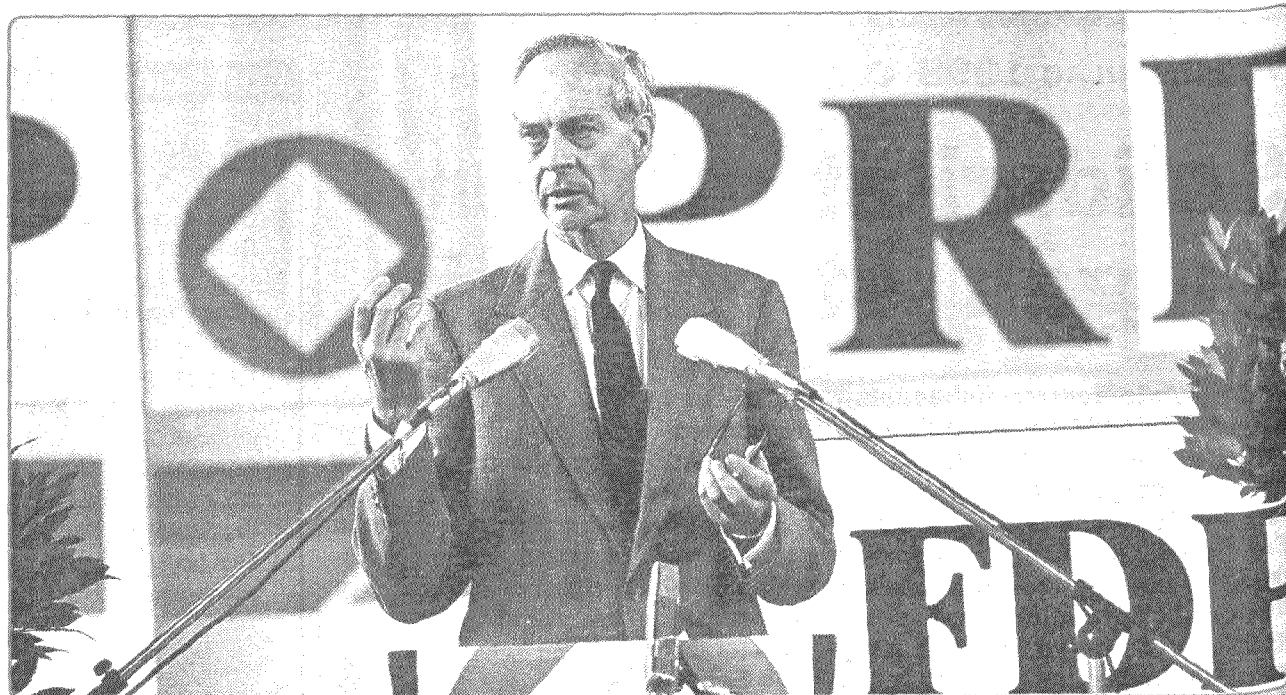
5 JAHRE EWR-NEIN ◊ Isolation und die Folgen

# Die Zeit arbeitet gegen uns

Wie sehr sich die Schweiz in eine ausserpolitische Isolierung hineinmanövriert hat, erfahren wir gegenwärtig recht deutlich. Die wirtschaftlich nachteiligen Folgen des EWR-Neins vom 6. Dezember 1992 treten schon längere Zeit immer stärker hervor; neuerdings erleben wir die Isolation auch im politischen Bereich. Das gilt zunächst hinsichtlich der Angriffe gegen unser Verhalten im Zweiten Weltkrieg.

VON ALT FDP-BUNDESRAT DR. RUDOLF FRIEDRICH, WINTERTHUR (ZH)

Andere Länder, die sich wohl mindestens ebenso schwere Vorwürfe gefallen lassen müssten, geraten bei weitem nicht derart unter Beschuss. Frankreich etwa hat nicht bloss Flüchtlinge zurückgewiesen, sondern sich aktiv an den Juden-deportationen beteiligt. Schweden hat deutschen Truppen den Transit aus Nordnorwegen über sein Territorium nach Deutschland und Finnland gestattet. Spanien sandte seine «Blaue Division» zur Un-



Alt FDP-Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich: «Man hat in Brüssel wichtigere Probleme.»

(Photo ruti)

terstützung Hitlers an die Ostfront und hat, laut neuesten Berichten, grosse Mengen an Raubgold für Wolf-ramlieferungen entgegen-genommen. Auch Portugal war Empfänger von Gold der Reichsbank.

## Keine Freunde in der Not

Aber diese Länder sind keineswegs denselben Angriffen und Forderungen ausgesetzt wie wir. Sie sind eben alle Mitglieder der EU, teilweise auch der Nato. Sie haben dort ihre Freunde, ihren politischen Rückhalt und sind daher nicht ohne unerwünschte Komplikationen angreifbar. Anders die Schweiz. Sie hält sich fast überall abseits und wird so gleichsam zum Freiwild; denn wer sich andauernd absondert, hat auch keine Freunde in der Not.

Eine ähnliche Situation ergibt sich bei den fast drei Jahre alt gewordenen Verhandlungen mit der EU. Es bewahrheitet sich nun, was

die EWR-Befürworter vor der fatalen Abstimmung vom Dezember 1992 klar vorausgesagt haben: Die Schweiz mit ihren 7 Millionen Einwohnern ist für die EU mit ihren gut 350 Millionen als Aussenstehender nicht von erheblicher Bedeutung. Man hat in Brüssel wichtigere Probleme, und trotz gelegentlichen verbalen Sympathiekundgebungen seitens unserer Nachbarn sind auch diese Länder mit den übrigen EU-Mitglie-

dern sehr viel enger verbunden als mit uns. Jedenfalls zeigt sich klar, dass wir als Nichtmitglied immer nur Bittsteller und Nachvollzieher, jedoch nie Mitgestalter sind.

## Preis der Isolation

Mit ihrer derzeit höchst unerfreulichen internationalen Situation bezahlt die Schweiz den Preis für ihre selbstgewählte Isolation. Dieser Preis hat steigende Tendenz, und man muss sich wahrlich sehr ernsthaft überlegen, ob die Weichen nicht schon recht bald grundsätzlich neu zu stellen seien. Unbeschränkte Zeit haben wir dafür nicht. Der Integrationsprozess in Europa geht trotz Problemen und Meinungsverschiedenheiten schrittweise weiter, und je länger wir mit einem Entscheid in Richtung EU oder EWR II zuwarten, um so höher werden die Hürden. Die Zeit arbeitet gegen uns.

## ZUM THEMA

.....  
*Anders die Schweiz. Sie hält sich fast überall abseits und wird so gleichsam zum Freiwild.*

.....  
*Jedenfalls zeigt sich klar, dass wir als Nichtmitglied immer nur Bittsteller und Nachvollzieher, jedoch nie Mitgestalter sind.*



Wo sie hinschauen ist Licht. Es wandert mit, wenn sie sich bewegen oder auch nur die Blickrichtung ändern. In ihrer reinen Zweckmässigkeit ist die Helmlampe von Bergleuten die perfekte Arbeitsplatzbeleuchtung. Falls Sie jedoch mehr als blosser Funktionalität erwarten - etwa gutes Design und grosse Auswahlmöglichkeiten - sehen Sie sich am besten in unserer Lampenabteilung an der Gerrechtigkeitsgasse 36 in Bern um.

teo jakob

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition

Ein Jahrhundert für unsere Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
 Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

IM GESPRÄCH **o** Caroline Kuhn, Wallenwil

# «Weil wir's nicht wagen, ist es schwierig»

**WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?**

«Nicht weil es schwierig ist, wagen wir's nicht, sondern weil wir's nicht wagen, ist es schwierig» (Seneca).

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFNUNG?**

Ein gesundes Umfeld und faire Chancen in allen Bereichen (Soziales, Bildung, Wirtschaft usw.) für alle beibehalten zu können oder dort erreichen zu können, wo dies noch nicht besteht.

**WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?**

Der Mensch – er hat die Tendenz, sich selbst zu bekämpfen und zerstört sich m. E. noch selbst.

**WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?**

Wichtigste Erfindung: alles, was mobil macht.  
Entbehrlichste: Natel.

**WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?**



Caroline Kuhn: «Ich liebe an der Schweiz ihre «kleine Grösse.»»

Das überlasse ich lieber anderen. Ich kann momentan sehr gut leben mit dem, was bereits erfunden wurde.

**WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?**

Ihre «kleine Grösse»: dadurch muss sie zwingend mit ihrer Umwelt in Kontakt treten – das macht die Schweiz zu einem vielseitigen, sich ständig verändernden und sich anpassenden Land.

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?**

1996 Teilzeit-Anwaltssekretärin/Praktikantin in einem Thurgauer Anwaltsbüro

**LIEBSTE TÄTIGKEIT:**

Das Leben (mit meinen besten Freunden) zu genießen und aus allem zu versuchen, etwas Positives zu machen.

Gewisse Personenkreise, die es nicht lassen können, die Schweiz (und dadurch auch sich selbst) anzugreifen und schlecht dazustellen.

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?**

Hoffentlich in eine Symbiose, d.h. kein vollständiges Verschmelzen der verschiedenen Länder: ein Geben und Nehmen in allen Bereichen, wo ein Austausch von Know-how zu optimalen wirtschaftlichen Situationen beitragen kann.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Meistens ja, Fortschritt beginnt bei den Minderheiten, und es ist oft schwierig, diesen bei der Mehrheit durchzusetzen. Deshalb ist die Demokratie so schwerfällig, wenn es um Änderun-

gen geht, und deshalb müssen wir unsere Minderheiten in der Schweiz gut «pflegen».

**WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?**

Dadurch, dass er/sie zugibt, dass es keine allmächtigen, alleinseeligmachenden Ansichten/Lösungen gibt und deshalb Themen auch philosophisch betrachten kann. Ferner durch Ruhe, Überlegtheit, logisches Denken.

**WARUM SIND SIE BEI DER FDP?**

Die Partei verkörpert für mich grösstmögliche Akzeptanz verschiedener Ansichten und Menschen, was für mich gleichzeitig auch Freiheit bedeutet. Nüchternes, logisches, wirtschaftliches Denken (meistens).

**WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?**

Stärke: Grösse Akzeptanz. Schwäche: Entscheidungsfreudigkeit, zum Teil fehlende Ideologien.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?**

Stärke: Beharrlichkeit. Schwäche: manchmal zu emotional, aufbrausend.

**WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ERLERNEN?**

**STICHWORTE**

**INTERNET:** Zukunft, Mobilität im weitesten Sinne.

**SOZIALSTAAT:** Nötig – muss aber Grenzen haben, finden!

**NEAT:** Wichtig – wir dürfen die Mobilität nicht beschränken. Problem Kostenpunkt.

**AGRARPOLITIK:** Heikles Thema: Bauernstand kontra freie Marktwirtschaft?

**VERFASSUNGSREVISION:** Nötig, aber heikel. Deshalb befürchte ich eine etwas inkonsequente Lösung – aus Gründen der Durchsetzbarkeit.

**ARENA:** Stück Schweiz: hitzig, interessant, vielseitig.

Ich habe soeben gewählt und bin überzeugt, das Richtige gewählt zu haben. Mein 2. Lebensmotto: am Ende zurückblicken können und alles (Gutes, Schlechtes, Fehler, Erfahrungen) noch einmal so machen wollen, wie ich's gemacht habe.

**WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?**

Weiss ich nicht mehr. Fernsehen bedeutet für mich meistens konsumieren, abschalten können, deshalb ist es nicht so wichtig, was für ein Film läuft. Und im Kino war ich schon lange nicht mehr.

**WAS MÖCHTEN SIE AM LIEBSTEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?**

Einen Tag im 18./19. Jahrhundert an einem geschichtlich wichtigen Ort verbringen können (Frankreich, England oder Österreich).

**WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Eine Familie gründen zu dürfen/können.

**ZUR PERSON**

Caroline Kuhn, Sannenholdenstrasse 4, 8360 Wallenwil. Stud. iur. an der Uni Zürich im 7. Semester. Lizenziat ist 1998 geplant

**ALTER:** 23

**BERUFLICHE STATIONEN:** 2 Jahre Flight Attendant bei Swissair (94-96). Seit

## «Organisationale Intelligenz»

Schnelligkeit, Flexibilität und eine hohe Entwicklung gehören zu den kritischen Eigenschaften eines Unternehmens. Das vorliegende Buch begegnet dieser Anforderung. Dabei bilden die Konzepte Kernkompetenz, organisationales Lernen, Wissensmanagement und Komplexitätsmanagement den Ausgangspunkt. Das Konzept der organisationalen In-

telligenz überwindet die Grenzen dieser Konzepte und vereinigt deren Möglichkeiten. Ein hohes Niveau organisationaler Intelligenz ist gleichzeitig Begründung und Quelle von Unternehmertum. Die gemachten Aussagen sind sowohl konzeptionell-theoretisch als auch durch eine empirische Studie bei Banken fundiert.

Dem Autor ist es gelungen, ein schlüssiges und innovatives Konzept organisationaler Intelligenz vorzulegen, aus dem sich Gestaltungsempfehlungen für das Management erschliessen.

Häcki, Remo L.: Organisationale Intelligenz. Wie Unternehmen wirkungsvolle Dynamik und ein optimales Verhaltensrepertoire entwickeln; dargestellt am Beispiel von Banken. Bern, Stuttgart, Wien; Haupt 1997, ISBN 3-258-05691-9.

## «Brevier der Marktwirtschaft»

Die Schweizerische Helsinki-Vereinigung ist eine Sektion der International Helsinki Federation in Wien, die sich im Anschluss an die Schlussakte von Helsinki vom 1. August 1975 der Wahrung der Menschenrechte im Sinne jenes Dokumentes annahm. In der Meinung, dass Demokratie und soziale Marktwirtschaft die besten Garanten für Menschenrechte und Frieden sind, versucht die SHV seit dem Umsturz von 1989 einen Beitrag an den Aufbau

demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen in einigen Ländern Ostmitteleuropas zu leisten. Sie tut das durch regelmässige Seminare, die sich vor allem an hohe Gemeindepolitiker aus Tschechien, der Slowakei und Ungarn, dieses Jahr auch aus Bosnien und nächstes Jahr aus Rumänien richten. Ihr «Brevier der Demokratie» und das «Brevier der Marktwirtschaft» erläutern die Grundprinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft. Sie sind in sie-

ben Sprachen übersetzt und in den entsprechenden Ländern an interessierte Kreise verteilt worden.

Das «Brevier der Marktwirtschaft» ist vom ehemaligen Leiter der Wirtschaftsredaktion der NZZ, Dr. Willy Zeller, verfasst worden und konnte mit Unterstützung der NZZ auch auf deutsch herausgegeben werden. Es steht Interessenten zur Verfügung.

*Rudolf Friedrich*

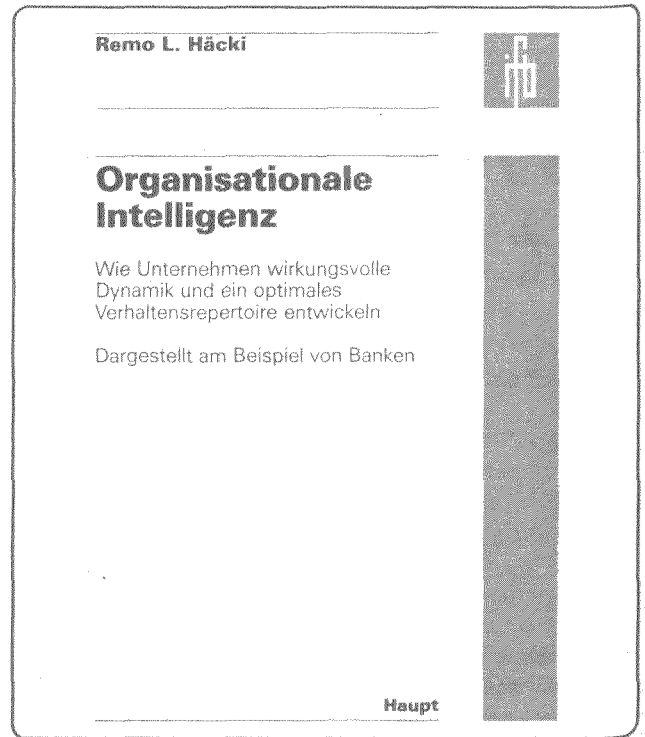
## Wer ist die Schweizerische Helsinki-Vereinigung?

Unter dem Eindruck, dass nach dem unbefriedigenden Ausgang der Belgrader KSZE-Konferenz von 1978 die Menschenrechte mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt werden könnten, wurde in der Schweiz ein Vorbereitungskomitee für die europäische Helsinki-Gruppe gegründet. Ziel war eine gesamt-europäisch-amerikanisch-kanadische Sammelbewegung aller interessierten Kreise. 1979 fand in Aarau, Schweiz, eine internationale Vorbereitungskonferenz dafür statt. 1980 wurde in Madrid unter dem

ideellen Vorsitz von Andrej Sacharow, der nicht teilnehmen durfte, die Internationale Helsinki-Vereinigung mit Sitz in Zürich gegründet. Seit 1984 sorgt die in Wien domizilierte International Helsinki Federation for Human Rights für die internationale Koordination, so dass 1986 unter dem Vorsitz von alt Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich die Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV) gegründet werden konnte. Die SHV ist Mitglied der erwähnten Wiener Dachorganisation, die gegenwärtig 31 nationale Helsinki-Ko-

mitees umfasst.

Das Ziel der Helsinki-Organisation blieb seit den Anfängen von 1978 unverändert: Die 1975 in Helsinki gebilligten KSZE-Grundsätze sollten im Bewusstsein der Bevölkerung verankert und damit Schritt für Schritt verwirklicht werden. Nur auf dieser Grundlage kann der Frieden in Europa gefestigt und bewahrt werden.



JA, gerne bestelle ich das «Brevier der Marktwirtschaft», verfasst von Willy Zeller, herausgegeben von der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

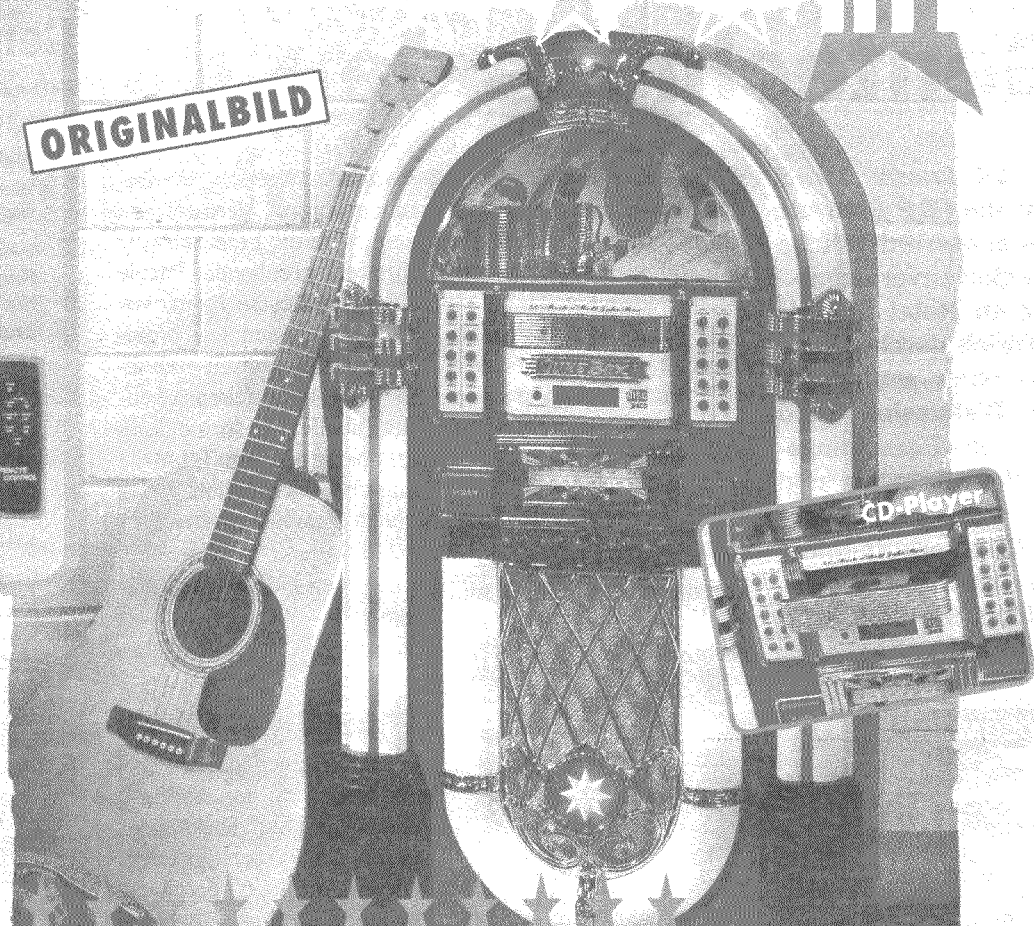
Einsenden/faxen an: Sekretariat Schw. Helsinki-Vereinigung, Postfach 6363, 3001 Bern, Fax (031) 312 63 63.

# Rock me, Baby

HIT



ORIGINALBILD



## Antik-CD-Radio GERSHWIN

Originalgetreu nachgebildet.  
Replikat des Phonographen  
von 1907.

Hochwertiger CD-PLAYER mit  
20 Titelspeicher, Wiederholfunktion

- ★ LC-Display
- ★ Radioteil mit UKW und MW
- ★ Wurfantenne für guten Empfang  
(Anschlussmöglichkeit an Kabelnetz)
- ★ Vorrichtung für externe Lautsprecher
- ★ Fernbedienung
- ★ **1 Jahr Garantie**
- ★ Masse 72 x 32 x 36 cm

Fr. 390.-

## Jukebox wie anno 1946

Die hochwertige Stereo-Anlage, die alles kann.

NEU: 6-fach-CD-Wechsler, Kassettenteil, UKW/MW  
NEU: Umschaltregler von Innen- auf Aussenlautsprecher

- ★ Gehäuse aus echtem Holz
- ★ **Anlage wird total beleuchtet**
- ★ Fernbedienung für alle CD-Funktionen (Repeat, Shuffle, Programmierung, Schnelldurchlauf und vieles mehr)
- ★ Eingebaute UKW-Antenne
- ★ getrennte Regler für Lautstärke, Höhen und Bass
- ★ Leistung 2 x 40 Watt auf Innenlautsprechern
- ★ **105 cm hoch**, Masse 570 x 1050 x 300 mm
- ★ Teilzahlungsmöglichkeit (2 x Fr. 499.-)

Fr. 980.-  
inkl. 1 Jahr Vollgarantie



## 200 Golden Oldies

10er CD-Box nur **Fr. 59.-**

Mit diversen bekannten Interpreten wie:  
Rod Stewart, Jimi Hendrix, Sweet, Bee  
Gees, Tremeloes, Percy Sledge u. v. o.

**Lieferbedingungen:** Die Preise verstehen sich franko Haus, inkl. 6,5 % MWST. Nettobestellungen unter Fr. 200.- werden per NN ausgeliefert, sonst 10 Tage netto. Die Auslieferung erfolgt durch Treffpunkt-Center, 5037 Muhen (Tel./Fax 062 723 90 40). Sämtliche Vereinbarungen, Korrespondenzen etc. wollen Sie bitte direkt an diese Firma richten. Alle Reklamationen sind innert 8 Tagen zu melden. Garantie auf Elektroartikeln 1 Jahr ab Lieferung.

Senden/faxen Sie die Bestellung schnellstmöglichst an:

**TREFFPUNKT-Center/Form 2000 GmbH**  
Gehrenstr. 4, 5037 Muhen Tel./Fax 062 723 90 40

Liefere Sie mit Rückgaberecht von 8 Tagen (Rückgabe in Originalverpackung, einwandfreiem Zustand und ausreichend frankiert/eingeschrieben) gemäss unseren obenstehenden Lieferbedingungen:

Art. Nr.	Artikel	Anzahl	Preis
266	Antik-CD-Radio GERSHWIN		sFr. 390.-
189	Jukebox wie anno 1946		sFr. 980.-
969	Jukebox wie anno 1946, (Teilzahlung 2 x sFr. 499.-)		sFr. 998.-
929	10er CD-Set mit beliebten Interpreten		sFr. 59.-
	Versandkostenanteil		sFr. 7.90

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
 Strasse/Nr. \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Tel. Nr. \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 24. Januar 1997 in Zürich

# Gentechnologie

**Am 24. Januar 1998 führt die FDP Schweiz eine ausserordentliche Delegiertenversammlung im Hotel Marriott in Zürich durch. Diese wird einer umfassenden Diskussion rund um den Forschungsstandort Schweiz und der Parolenfassung zur Gen-Verbots-Initiative gewidmet sein. Melden Sie sich jetzt schon an!**

GUS. – Gemäss Entscheid des Bundesrates wird am März-Termin 1998 keine eidgenössische Abstimmung stattfinden. Trotzdem wird die FDP Schweiz am 24. Januar 1998 eine ausserordentliche Delegiertenversammlung durchführen, und zwar in Zürich.

Die Vorlage zur eidgenössischen Abstimmung «Gen-Verbots-Initiative» kommt vermutlich im Juni 1998 an die Urne. Um rechtzeitig für den zu er-

wartenden heissen Abstimmungskampf gerüstet zu sein, wird die FDP Schweiz ihre entsprechende Parole schon an diesem Januarwochenende fassen. Das provisorische Programm entnehmen Sie bitte nebenstehender Tabelle. Die Anmeldung mit beiliegendem Talon ist auch bereits möglich. ■

## KOLUMNE

### Augen im Kopf?



Die aktuelle Auseinandersetzung mit der jüngeren Geschichte

hat uns die Bedeutung der Archive vor Augen geführt und ihren Wert erlebbar gemacht. Wir wären erleichtert, da und dort eine fundiertere und vollständige Aktenlage vorfinden zu können. Archive sind wie ein Wald, was in der Vergangenheit an Pflege versäumt worden ist, lässt sich kurzfristig nicht nachholen. Wir leiden an nationalem Gedächtnisschwund, auf den international mit Verärgerung, Wut und Verachtung reagiert wird.

In sämtlichen Katalogen zur Verbesserung der archivarischen Situation fehlt das Schweizerische Filmarchiv in Lausanne, die Cinémathèque suisse. Noch wird nicht überall wahrgenommen, dass der Film weitaus mehr ist als flüchtige Unterhaltung. Er erreicht immer wieder Kunstrang. Aber hier geht

es darum, dass Spiel- und Dokumentarfilme, sogar Trick- und Werbefilme Zeugnis ablegen von der Zeit ihrer Entstehung. Sie enthalten Fakten und berichten über Lebensformen und registrieren die grossen Ereignisse genauso wie die alltäglichen. Die Geschichte wird fassbar und unmittelbar. Filme sind ein phantastisches Gedächtnis der Welt.

Vor Jahren wurde die Cinémathèque suisse von weitsichtigen Pionieren – und Rufern in der Wüste – gegründet. Aus ein paar Kopien sind inzwischen 23 Laufkilometer geworden mit 50 000 Filmen. Tausende von Büchern, Photos und Plakaten bereichern die Sammlung, die Tag um Tag wächst. Öffentliche Filmvorführungen, aus dem Kulturleben nicht mehr wegzudenken, ergänzen das mannigfaltige Angebot. Unter den Filmarchiven nimmt das schweizerische den stolzen sechsten Platz ein.

Das ist das erfreuliche Ergebnis eines unentwegten Einsatzes, den Kultur- und Geschichtsbewusste gegen den Widerstand der Gleichgültigkeit geleistet haben. Weiterhin braucht es eine unerhörte Kraft, um den Interessen der Cinémathèque wenigstens einigermaßen Gehör zu verschaffen. Denn ein halbes Jahrhundert hat nicht genügt, um unser Filmarchiv aus den Geldnöten zu befreien. Was Bund, Kantone und die Stadt Lausanne finanziell leisten, ist dürftig und steht im Ungleichgewicht mit der Aufgabe. Keine Grosszügigkeit ist gefordert, sondern Angemessenheit.

Wenn die Verwaltungen und ihre Filmkommissionen nicht begreifen, dass die materiellen Bedingungen der Cinémathèque sofort der wichtigen Tätigkeit angepasst werden müssen, dann sind die Parlamente aufgerufen, die Weichen richtig zu stellen und die Zukunft zu garantieren. Private haben diese Notwendigkeit erfasst. Nach ihrer Gründung konnte die Vereinigung der Freunde der Cinémathèque innerhalb eines knappen Jahres

A. O. DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 24. JANUAR 1998, HOTEL MARIOTT, ZÜRICH, AB 09.00 UHR

## Gentechnologie

Kaffee, Gipfeli

Begrüssung durch Nationalrat Franz Steinegger

### Grundsatzreferat

Was ist, kann Gentechnologie bzw. Forschung und Demokratie?  
Professor Dr. François Waldvogel (angefragt)

### Thematischer Block

#### FORSCHUNGSSTANDORT

Noch offen

#### ETHIK

Professor Dr. Hans-Peter Schreiber

#### WIRTSCHAFTSSTANDORT

Noch offen

#### MEDIZIN

PD Dr. Sabina Liechti-Gallati

#### LEBENSMITTEL/LANDWIRTSCHAFT

Frau Margrit Krüger, Präsidentin Konsumentinnenforum KF Schweiz

### Politischer Block

Kurzes Statement Ständerätin Christine Beerli  
Genschutz aus Sicht der Initianten  
Nationalrätin Ruth Gonseth

Genschutzinitiative aus unserer Sicht / Genlex-Motion  
Nationalrat Johannes Randeegger

Podium (unter Einbezug des Publikums)

Leitung: Elinor von Kaufungen

Pro: Nationalrätin Ruth Gonseth, Bernhard Trachsel, Geschäftsführer Zürcher Tierschutz

Contra: Ständerätin Helen Leumann  
Nationalrätin Christiane Langenberger  
Nationalrat Marc F. Suter

Statement von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz

Parolenfassung

Anschliessend: Schlusswort Nationalrat Franz Steinegger

Apéro und kleiner Imbiss

Schluss: ca. 13.00 Uhr

### TALON

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 24. Januar im Hotel Marriott in Zürich sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Bitte melden Sie sich mit dem Talon so rasch wie möglich an:

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Bitte möglichst rasch einsenden oder faxen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

über 600 Mitglieder werben und zu Solidariätsbeiträgen bewegen. Das müsste doch auch das unübersehbare Signal sein für das parlamentarische Engagement.

So kurz wird unser Gedächtnis wohl nicht sein, um nach den Diskussionen der letzten Wochen und Monate bereits vergessen zu haben, dass wir

funktionierende Archive benötigen. Zu ihnen zählt die Cinémathèque. Ihr Nachholbedarf ist ausgewiesen: im wahrsten Sinne des Wortes für alle, die Augen im Kopf haben.

Alex Bänninger,  
Publizist  
Präsident des Freisinnigen Presseverbandes der Schweiz  
Zürich

HERBSTBILANZ ◉ *Präsidentenbrief an die Ortssektionen*

# Geschlossenheit für die notwendigen Reformen

Im diesjährigen Spätherbst führen wir vor allem in drei Bereichen ausführliche politische Diskussionen von grosser Bedeutung. Wir werden uns – im Nachgang zur missglückten Abstimmung vom 28. September 1997 – mit machbaren Reformschritten im Bereiche der Sozialversicherungen befassen müssen, zumal auch der zweite Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDAFiSo II) schmale Kost nach all den fetten Jahren präsentieren wird.



FDP-Präsident Franz Steinegger: «Die FDP trägt die Reformpolitik für dieses Land.» (Photo ruti)

FDP-PRÄSIDENT  
NATIONALRAT  
FRANZ STEINEGGER,  
FLÜELEN (UR)

Mit den Vorschlägen einer Stiftung solidarische Schweiz versuchen wir, ein neues humanitäres Werk der Schweiz auf die Beine zu stellen. In der Agrarpolitik geht es darum, anzuerkennen, dass die vom Nationalrat gefassten Beschlüsse für die Landwirtschaft einer eigentlichen Revolution gleichkommen. Und schliesslich führen wir, wie alle Jahre, eine Budgetdebatte, um einmal mehr den mühsamen Versuch zu wagen, den Bundeshaushalt in den Griff zu bekommen. Angereichert ist die letzte Debatte dieses Jahres um das Haushaltsziel 2001 und einen noch näher zu definierenden Sanierungspakt.

## Reform der Sozialwerke statt Ausbau auf dem Buckel der nächsten Generation

Die Linke fordert nach wie vor einen Ausbau des Sozialstaates, um mindestens den Status quo verteidigen zu können. Um uns in Misskredit zu bringen, verwenden sie Killer-Slogans wie

samtwirtschaftliche Wachstum 20 Prozent und die Teuerung 17 Prozent betragen. Im selben Zeitraum – also in einem Zeitraum der Stagnation – haben die Ausgaben für soziale Wohlfahrt 75 Prozent zugelegt. Allerdings sind wir noch weit davon entfernt, hier den Trend zu brechen: Die Abstimmung vom 28. September

die SVP schlägt mit einer geradezu asozialen Lust auf die Ärmsten dieser Gesellschaft ein, so dass sie auch nicht ernst genommen werden kann. Da braucht es die FDP: Sozialwerke jetzt umbauen, damit wir sie behalten können. Reformen statt nicht finanzierbare Sozialversicherungen mit entsprechend verheerenden Folgen für die Handlungsperspektiven unserer Nachfolgegenerationen.

## Stiftung solidarische Schweiz und Bergier-Kommission: Bewältigung von Spätfolgen

Noch sind die Spätfolgen der aussenpolitischen Krise im Zusammenhang mit nachrichtenlosen Vermögen und Holocaust nicht verdaulich. Wir haben über den Sommer verschiedene – auch private – Vorschläge für die Umsetzung der Stiftungsidee des Bundesrates zur Kenntnis genommen. Die Arbeitsgruppen Bremi und Fehr haben parallel dazu einen Bericht zuhanden des Bundesrates erarbeitet, der machbare Vorschläge enthält. Die FDP hat die Idee einer Stiftung immer als prüfenswert bezeichnet und kann dieser um so mehr zustimmen, als in diesem Modell die Vermögenswerte vollständig erhalten bleiben und im Falle einer Auflösung der Stiftung an die Nationalbank zurückfliessen würden.

Die unabhängige Historikerkommission, die sich mit weiteren Forschungsarbeiten über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg befasst, wurde verschiedentlich zu

## ZUM THEMA

Unser Problem als Schweizer ist, dass wir es nicht geschafft haben, den Trend im Sozialbereich zu brechen.

Da braucht es die FDP: Sozialwerke jetzt umbauen, damit wir sie behalten können. Reformen statt nicht finanzierbare Sozialversicherungen mit entsprechend verheerenden Folgen für die Handlungsperspektiven unserer Nachfolgegenerationen.

Politische Entscheide oder auch nur Hilfestellungen für aktuelle politische Entscheide sind nicht Aufgabe der Kommission Bergier.

politischen Zwecken missbraucht. Politische Entscheide oder auch nur Hilfestellungen für aktuelle politische Entscheide sind nicht Aufgabe der Kommission Bergier. Einen näheren Blick verdient auch der Untersuchungsgegenstand. Die Kommission Bergier hat sich an das von Bundesrat und Parlament verabschiedete Mandat zu halten. Eine allfällige Ausweitung oder Konkretisierung hätte durch die Auftraggeber, also die politischen Behörden, zu erfolgen und nicht durch die Auftragnehmer.

## Agrarpolitische Revolution verkannt

Mit der Agrarpolitik 2002 liegt dem Parlament ein Reformpaket vor, das für die Landwirtschaft grundlegende Umstellungen zur Folge hat. Der durch jahrzehntelange Planwirtschaft verursachte Reformstau kann damit gelöst werden. Der bereits begonnene Reformprozess und Übergang zum Markt wird auch künft-

FORTSETZUNG AUF SEITE 8

FORTSETZUNG VON SEITE 7

tig schwer sein. Durch übertriebene Härte wird den berechtigten Ansprüchen der Landwirtschaft nach einer gewissen Umstellungszeit nicht entsprochen. Die Alternative, die von Nationalrat Baumann und Konsorten vertreten wird, heisst Gartenzwerghandwirtschaft und Ökodiktatur. Mit der sogenannten Kleinbauerninitiative würde entgegen einer weit in die mediale Berichterstattung hinein verbreiteten Fehlinterpretation eben gerade nicht eine unternehmerische Landwirtschaft, die auf dem Nahrungsmittelmarkt bestehen könnte, entwickelt.

Es gibt einige Punkte, die der Ständerat an dieser Vorlage noch verbessern kann. Diese sind klar erkannt und werden in der kleinen Kammer und anschliessend auch im Nationalrat durchzusetzen sein. Der Systemwechsel an sich ist aber vollzogen. Es ist unredlich, diesen zu verleugnen und so zu tun, als sei alles beim alten geblieben.

**Sanierungsartikel und Ausgabenkürzungen: zwei Instrumente für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik**

Ein gesunder Finanzhaushalt der öffentlichen Hand gehört zu den Voraussetzungen, die ein weltweit konkurrenzfähiger Standort erfüllen muss. Und weltweit konkurrenzfähig müssen wir heute sein, denn der Wettbewerb spielt global. Die revolutionäre Umbruchphase der Globalisierung macht auch an den Schweizer Grenzen nicht halt. Die Globalisierung ist nicht ein von Politikern herbeigewünschter Prozess, sondern eine Tatsache.

Auf dem langen Weg hin zur finanzpolitischen Tugend hat die Schweiz schon viele halbherzige Versuche unternommen, die Budgets



FDP-Präsident Franz Steinegger: «Wir benötigen als Standort Schweiz einen weiteren Wettbewerbs- und Liberalisierungsschub.»

in den Griff zu bekommen. Bisher waren lediglich Korrekturen vorgenommen worden. Dem Ziel, die Defizite wieder in die Nähe der Nullmarke zu bringen, sind wir noch nicht wesentlich nähergekommen. Statt tranchenweiser Pflasterlipolitik setzt jetzt das Projekt für einen Sanierungsartikel in der Bundesverfassung das richtige Ziel: Das Haushaltsziel 2001 verlangt ein Defizit von höchstens noch rund einer Milliarde Franken im Jahre 2001.

Die FDP hat ihre Bedingungen und realisierbaren Vorschläge auf dem Weg zum ausgeglichenen Haushalt bereits kurz nach der diesjährigen Sommerpause bekanntgegeben. Wir warten immer noch auf konstruktive Vorschläge aus den anderen Parteien. Die SP verweist auf ein imaginäres Sparpotential bei der Armee und auf Ökodiktatur in der Landwirtschaft, die CVP spart vermeintlich Millionen bei der Kampfwertsteigerung der Panzerhaubitzen, will aber gleichzeitig neues soziales Manna in Form einer Mutterschaftsversicherung einführen, die SVP schliesslich will kaum einen Monat nach der gescheiterten ALV-Vorlage für das Budget 1998 500 Millionen Franken eben bei dieser gleichen ALV sparen. Die gleiche SVP stimmte bei der Debatte über das Agrarpaket 2002 geschlossen gegen einen Artikel, welcher bezüg-

lich der Unterstützung im Landwirtschaftsbereich eine Rücksichtnahme auf die Situation der Bundesfinanzen verankern wollte.

Soviel zu den konkreten Problemen, die uns diesen Herbst beschäftigen. Doch wie kommen wir zu den notwendigen Reformen, wie setzen wir sie durch?

**Der Trend muss stimmen**

Die FDP ist der Meinung, dass es zur Erhaltung und Verbesserung unserer internationalen Konkurrenzfähigkeit keine Alternative gibt. Wir wollen nicht in die B-Liga absteigen. Weder finanzpolitisch, beschäftigungspolitisch, sozialpolitisch, wirtschaftspolitisch noch europapolitisch können wir uns ins Reduit zurückziehen. Wir müssen uns bewegen. Die Schweiz braucht weitere Reformen. Die liberalen Kräfte sind gegenüber der konservativen Linken und einigen Reaktionen ganz rechts herausgefordert.

In revolutionären Umbruchphasen gibt es Kriegsgewinnler, andererseits aber auch Gruppeninteressen, welche mit Zähnen und Klauen verteidigt werden. Dabei geht es uns nicht um eine Revolution, wir Freisinnigen müssen dafür sorgen, dass der Trend stimmt, schwerpunktmässig in folgenden Gebieten:

- Keine Verschuldung für Konsumausgaben
- Moratorium und Sicherung Sozialwerke

■ Erster Schritt in der Europapolitik

■ Keine Technologieverbote.

Wir benötigen als Standort Schweiz einen weiteren Wettbewerbs- und Liberalisierungsschub. Wir haben einen Anteil von 46 Prozent staatlich und 20 Prozent kartelloid beeinflussten Preisen. Reformen sind im Gang oder sind anzugehen in den Bereichen Telekommunikation, Eisenbahn, Agrarpolitik, Lex Friedrich, administrative Erleichterungen für KMU, Energiemarkt, Mietrecht und Arbeitsrecht. Im weiteren ist die Infrastruktur zu sichern – wir denken da etwa an die Neat und die Bahn 2000 –, die Verwaltung neu zu organisieren und Berufsbildung und Ausbildung den neuen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anzupassen.

**Wege zur Umsetzung der notwendigen Reformen**

Im gesellschaftspolitischen Bereich gibt es ein erweitertes politisches Koordinatensystem. Das ist auch bei Volksabstimmungen immer wieder festzustellen. Beispiele dafür sind die überaus deutliche – für die SVP gar verheerende – Ablehnung der Initiative Jugend ohne Drogen, die breite Zustimmung zum straffreien Schwangerschaftsabbruch, die 10. AHV-Revision. Im finanz- und sozialpolitischen Bereich aber sind bürgerliche Mehrheiten unter FDP-Führung nach wie vor notwendig.

Eine bürgerliche Mehrheit muss aber auch Regierungsverantwortung tragen und dafür sorgen, dass aus dem Bundesrat auch bürgerliche Vorschläge kommen. Dies ist leider noch nicht immer der Fall. Wir haben das Problem, dass

- es auch eine rechtsextreme Antibürgerlichkeit gibt, von der man sich nicht die Inhalte der bürgerlichen Politik diktieren lassen darf;

**ZUM THEMA**

\*\*\*\*\*  
 Mit der sogenannten Kleinbauerninitiative würde entgegen einer weit in die mediale Berichterstattung hinein verbreiteten Fehlinterpretation eben gerade nicht eine unternehmerische Landwirtschaft, die auf dem Nahrungsmittelmarkt bestehen könnte, entwickelt.

\*\*\*\*\*  
 Statt tranchenweiser Pflasterlipolitik setzt jetzt das Projekt für einen Sanierungsartikel in der Bundesverfassung das richtige Ziel: Das Haushaltsziel 2001 verlangt ein Defizit von höchstens noch rund einer Milliarde Franken im Jahre 2001.

■ ein Partner sich eigentlich als Opposition versteht und damit auf das Marktsegment der unzufriedenen bürgerlichen Wähler schiebt,

■ wegen der dynamischen Mitte nicht immer bürgerliche Politik aus dem Bundesrat kommt.

Ideen und Kraft reichen also nicht mehr aus. Wir brauchen auch Geschlossenheit.

Im Sinne dieser Geschlossenheit wünsche ich uns allen Mut zu Reformen. Dieses Land hat nach sieben Jahren der wirtschaftlichen Stagnation zum Teil die Strukturen bereinigt und dem Weltmarkt angepasst. Die von der Politik vorzunehmenden Schritte sind noch zu intensivieren, um die notwendigen Reformen voranzutreiben. Die FDP wird sich fallweise nach Partnern umschauen müssen, die unsere Reformvorstellungen mittragen wollen. Dazu müssen wir innere Geschlossenheit zeigen. Die FDP trägt die Reformpolitik für dieses Land.



36-STUNDEN-WOCHE UND RENTENALTER 62 ◊ Mittel gegen Arbeitslosigkeit?

# Arbeitslosigkeit umverteilen?

**Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten er-  
läßt vielfach der Ruf, die Arbeitslosigkeit mit  
einer Verkürzung der individuellen Arbeitszeit  
zu reduzieren. Es heisst dann: Man solle «die  
Arbeit auf mehr Hände verteilen». Um es  
gleich zu Beginn deutlich zu sagen: Eine gene-  
relle Verkürzung der Arbeitszeit zur Bekämpfung  
der Arbeitslosigkeit ist aus wirtschaftlichen  
und sozialen Gründen nicht zu verant-  
worten. Sie brächte einfach eine Umverteilung  
der Arbeitslosigkeit.**

FDP-NATIONALRÄTIN  
CHRISTINE EGERSEZGI-  
OBRIST,  
MELLINGEN (AG)

Angesichts der hohen und andauernden Arbeitslosigkeit ist es verlockend, einfache Patentrezepte zu deren Beseitigung anzubieten. Die geläufigsten zurzeit sind die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer generellen Reduktion der Arbeitszeit der noch Beschäftigten auf 36 Stunden pro Woche und einer Senkung des Rentenalters für Frauen wieder auf 62 Jahre. Damit könne man (oder frau!) – so heisst es – die Arbeit «auf mehr Hände» verteilen und schaffe damit mehr Arbeitsplätze.

## Generelle Arbeitszeitverkürzung nicht verantwortbar

Die grösste Schwierigkeit bei einer durchgehenden Verkürzung der Arbeitszeit besteht darin, dass damit unvermeidlich eine gleichzeitige Reduktion der Löhne im proportionalen Ausmass verbunden werden müsste. Sonst hätte dies einen krassen Teuerungsschub aller Produkte und Dienstleistungen zur Folge. Die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft wären verheerend. Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes

mehr Leute, würden wir Arbeitsplätze mutmasslich und unverantwortungslos vernichten.

## Finanziell nicht zumutbar

Also käme theoretisch nur das andere in Frage: Verteilung der Arbeit auf mehr Hände und Verteilung der

damit zusätzliche Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe verloren.

Generelle Arbeitszeitverkürzungen sind also nichts anderes als eine Rationierung der Arbeitsmöglichkeiten für den einzelnen. Sie bringen eine Verarmung für die Bevölkerung oder ein Ausweichen in die Schattenwirtschaft, und damit wäre zunehmende Schwarzarbeit vorprogrammiert.

## Allgemeine Frühpensionierungen sind keine Lösung

Es ist auch ein Trugschluss zu glauben, dass eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt beseitigen könnte. In Wirklichkeit kann nicht jede aus dem Erwerbsleben austretende Arbeitskraft durch eine arbeitslose Person ersetzt werden, da Fähigkeiten und Persönlichkeitsmerkmale übereinstimmen müssen: eine 62jährige Büroangestellte kann nicht einfach durch einen jungen stellenlosen Chauffeur ersetzt werden. Erwerbstätige, die in den Ruhestand treten, haben auch nicht unbedingt das identische Qualifikationsprofil wie die zur Verfügung stehenden Arbeitslosen.

Frühpensionierungen belasten zudem die AHV mit mehr Renten, sie bringen den Sozialversicherungen und dem Staat Ausfälle von Lohnbeiträgen und Steuern, und sie verringern die Wertschöpfung der Volkswirtschaft, da viel Berufserfahrung und Fachwissen verlorengelassen. Aus diesen Gründen wollen Länder wie Holland, Deutschland



FDP-Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist: «Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit die strukturellen Probleme auf dem Arbeitsmarkt bereinigen könnte.» (Photo rufi)

würde massiv abnehmen, schweizerische Produkte könnten kaum mehr im Ausland abgesetzt werden, weil sie sich preislich auf einem zu hohen Niveau bewegen würden. Verhindern oder auffangen könnte man zwar eine solche allgemeine Preissteigerung durch weitere Rationalisierungsmassnahmen an den Arbeitsplätzen, durch den Einsatz von noch mehr Maschinen statt Menschen oder durch Verlagerung von ganzen Betrieben in billigere Produktionsländer. Dann würde damit aber gerade das Gegenteil dessen erreicht, was vorgegeben wird: statt Arbeitsplätze zu schaffen für

entsprechenden Lohnsumme auf mehr Portemonnaies. Die damit verbundenen Lohneinbussen wären aber für einen grossen Teil der Arbeitnehmerschaft finanziell sicher nicht zumutbar. Für mehr Freizeit würde ihnen weniger Geld zur Verfügung stehen, und das Einkommen würde für viele nicht mehr ausreichen. Dies gäbe einerseits neue Sozialfälle, und andererseits nähme das Volumen der Schwarzarbeit massiv zu, wie das Beispiel Deutschland eindrücklich zeigt. Der bereits arg leeren Staatskasse, mit einem bestehenden Loch von 90 Milliarden Franken, gingen

## ZUM THEMA

Die grösste Schwierigkeit bei einer durchgehenden Verkürzung der Arbeitszeit besteht darin, dass damit unvermeidlich eine gleichzeitige Reduktion der Löhne im proportionalen Ausmass verbunden werden müsste.

Generelle Arbeitszeitverkürzungen sind nichts anderes als eine Rationierung der Arbeitsmöglichkeiten für den einzelnen.

Eine 62jährige Büroangestellte kann nicht einfach durch einen jungen stellenlosen Chauffeur ersetzt werden.

und Österreich wieder von den Frühpensionierungen weg, und wir sollten nicht das einführen, was sich in andern Ländern nicht bewährt hat.

## Nur kurzfristig positiv

Also egal, wie man es sieht, generelle Arbeitszeitverkürzungen und eine Herabsetzung des Rentenalters führen zwar vordergründig zu einer Umverteilung der Arbeit. Mehr Arbeitsplätze werden vorgetauscht, aber in Tat und Wahrheit wird damit kein einziger neuer geschaffen. Deshalb führt dies nach einem kurzfristig positiven Effekt unweigerlich zu einer Umverteilung der Arbeitslosigkeit, indem einfach andere davon betroffen werden. Das kann ja nicht unser Ziel sein. ■

VERKEHRSPOLITIK  Neat und LSVa

# Lösung des Transitproblems so oder so

**Diese Aussage gilt für die bilateralen Verhandlungen, einen EWR-Vertrag II oder einen EU-Beitritt. Unaufschiebbar ist das Auslaufen des Transitvertrages mit der EU im Jahre 2005. Eine einseitige Verlängerung der 28-Tonnen-Limite durch unser Land über dieses Datum hinaus würde von der EU mit massivsten Retorsionen beantwortet. Damit wird klar, dass spätestens ab 2005 die 40-Töner in der Schweiz Realität sein werden. Um der 40-Töner-Realität adäquat begegnen zu können, brauchen wir eine attraktive Bahn (Neat) und Lenkungsmassnahmen (LSVA).**

FDP-NATIONALRAT  
DURI BEZZOLA,  
SCUOL (GR)

Damit wir dem Jahr 2005 ruhig entgegensehen können, müssen wir heute aktiv werden: die Baubeschlüsse Neat (die Fertigstellung des Lötschbergs wird immerhin bis ins Jahr 2006 dauern), der Erlass des Gesetzes über die Schwerverkehrsabgabe (stufenweise Einführung der LSVA, statt ein Schock im Jahre 2005) müssen hier und heute an die Hand genommen werden. Ohne diese Schutzmassnahmen wird ein wie auch immer gelagertes Abkommen mit der EU keine Gnade vor dem Volk finden.

Nebenbei bemerkt: Nicht die Umsetzung des Alpenschutzartikels alleine bereitet uns grosse Mühe. Die grosse Herausforderung liegt vielmehr im generellen Willen des Volkes, den Alpenraum zu schützen. Wie dieser Wille mit Blick auf Europa umzusetzen ist, ist ungelöst. Diese Problematik gilt es mit Blick auf kommende Abstimmungen, ernst zu nehmen.

## Die Neat bauen wir in erster Linie für uns selber

Wollen wir den Wirtschaftsstandort Schweiz nicht ge-



FDP-Nationalrat Duri Bezzola: «Die Zukunft im Güterverkehr liegt im Unbegleiteten Kombinierten Verkehr (UKV) auf langen Strecken.» (Photo ruti)

fährden, müssen wir den Verkehrsstandort Schweiz aufwerten. Die Schweiz ist ein weisser Fleck im europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz. Obwohl unser Land geographisch prädestiniert dafür wäre, eine Schlüsselrolle im lukrativen europäischen Hochgeschwindigkeitsverkehr zu spielen, führen alle geplanten oder im Bau befindlichen Verbindungen an der Schweiz vorbei. Für ein Tourismusland wichtige Wettbewerbsfaktoren wie Reisezeitverkürzungen und attraktive Anschlussverbindungen überlassen wir ohne Neat unseren Nachbarn, notabene unseren direkten Konkurrenten.

Nebenbei bemerkt sichern wir mit einem Investitionsvolumen von 14,1 Mil-

liarden Franken über zwei Jahrzehnte Tausende von Arbeitsplätzen.

## Die Reduktion der Neat auf einen Tunnel ist keine relevante Frage

Gemäss Transitvertrag mit der EU verpflichtet sich die Schweiz zum Bau des Gotthard- und des Lötschbergtunnels. Für die EU wäre der Vertrag möglicherweise auch mit einem Tunnel erfüllt (zu welchem Preis eine solche Konzession zu haben ist, steht auf einem anderen Blatt geschrieben...). Um mindestens eine Röhre zu realisieren, benötigen wir innenpolitisch aber zwei. Das Netzkonzept ist vom Volk 1992 angenommen und 1996/97 vom Ständerat und Nationalrat deutlich bestätigt worden.

Nebenbei bemerkt: Mit dem Verzicht auf den Lötschberg könnten netto etwa 2 Milliarden Franken gespart werden. Eine Erleichterung für unsere brennenden verkehrspolitischen Probleme brächte es nicht. Zudem stellt sich die Frage, welcher Betrag für die staatspolitischen Probleme einzusetzen wäre, die wir mit einem solchen Schritt auslösen würden.

## Die LSVA macht Sinn mit oder ohne Abkommen mit der EU

Die LSVA ist eine solide Finanzierungsquelle für die Bahngrossprojekte. Sie ist gleichzeitig Teil der Umlagerungsstrategie gemäss Alpenschutzartikel.

■ Die LSVA für eine Transittfahrt beträgt nach Beschluss des Nationalrates maximal 360 Franken (40-Töner); dies ist ein Preisniveau, welches auch von der EU nicht mehr grundsätzlich bestritten wird. Es ist zu betonen, dass der Maximalwert nur bei einer generellen Zulassung der 40-Töner, d. h. etwa im Jahr 2005, zum Tragen kommen wird.

■ Das Gesetz über die LSVA ist bewusst flexibel gestaltet. Der Bundesrat hat einen Spielraum vom Minimum von 72 Franken (0,6 Rappen/Tonnen-Kilometer) bis zum Maximum von 360 Franken (3 Rappen/tkm).

■ Der tiefere Tarif für Lastwagen bis zu 28 Tonnen (2,5 Rappen/tkm) nimmt Rücksicht auf die Verhältnisse im schweizerischen Transportgewerbe, insbesondere auf die Situation in den Berg- und Randregionen.

## Die Diskussion über den zukünftigen Preis einer Transittfahrt stellt den Sinn der LSVA und die Finanzierung der Neat nicht in Frage

Das zentrale Problem bei den bilateralen Verhandlungen ist das Kontingent der jährlich erlaubten 40-Töner auf unseren Strassen. Hingegen sind die 360 Franken mit der EU durchaus verhandelbar.

Die Neat-Finanzierungsrechnung geht vorsichtshalber aber ohnehin von einer LSVA von 2,5 Rappen/tkm aus, was einem Transittpreis von 300 Franken entspricht. Wie der Umlagerungseffekt (Auslastung, Rentabilität) bei der Inbetriebnahme eines Teils der Neat im Jahr 2007 aussehen wird, darüber sind heute keine absoluten Aussagen möglich. Sicher ist, dass es nie eine 100prozentige Umlagerung geben wird.

Unbestritten ist hingegen, dass ein Strassentransitpreis von rund 360 Franken eine spürbare Lenkungswirkung entfalten wird.

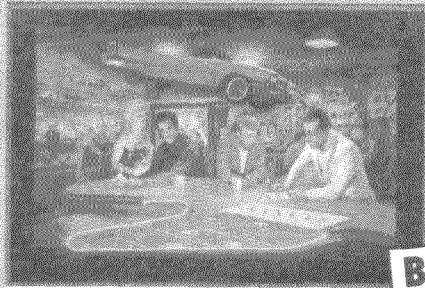
Die Zukunft im Güterverkehr liegt im Unbegleiteten Kombinierten Verkehr (UKV) auf langen Strecken. Die Lenkungswirkung ist deshalb auch von der Totaldistanz des Transportes sowie dem internationalen Bahnangebot abhängig. Bei einer Distanz von z. B. 2000 km spielen die künftigen Euro-Vignette sowie die geplanten Bahngüter-Freeways der EU ebenfalls eine wichtige Rolle.



# American Neon Poster

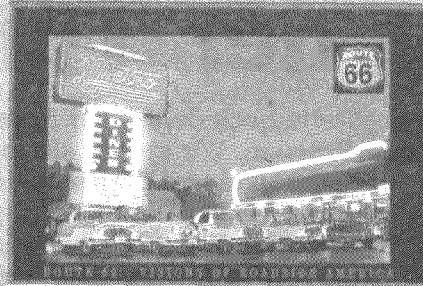


Jedes Bild ist mit einfarbigen Neonröhren ausgestattet. Das weisse Kabel ist 160 cm lang.

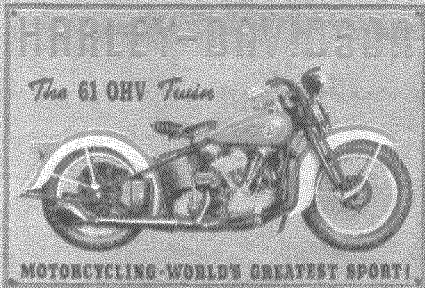


**Ricks Cafe**  
Wandbild mit Filmstars  
1 Neonröhre rot  
Masse: 94 x 64 x 6 cm  
**Fr. 490.-**

**BESTSELLER!**



**Metro Diner  
Route 66**  
2 Neonröhren blau und pink  
Masse: 94 x 64 x 6 cm  
**Fr. 490.-**



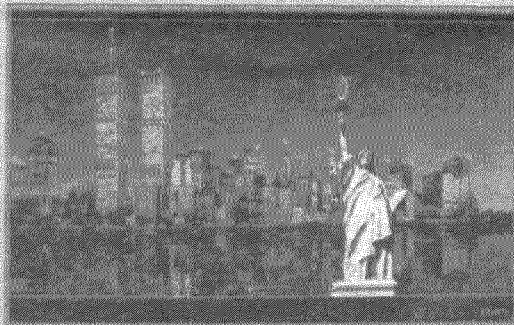
**Reklame-  
Blechschild**  
Harley Davidson Twin  
Masse: 40,5 x 28,5 cm  
Replikat nach alter Vorlage.  
Motiv geprägt  
**Fr. 69.-**



**Harley Spezial II  
Modell**  
Kunstvoll aus Draht gefertigt.  
Originelle Bereifung aus recycleten  
Velopneus. Ein einmaliges  
Meisterwerk. Jedes Stück ein Unikat.  
L: 41 cm, H: 35 cm, T: 12 cm  
**Fr. 149.-**

# American Light Poster

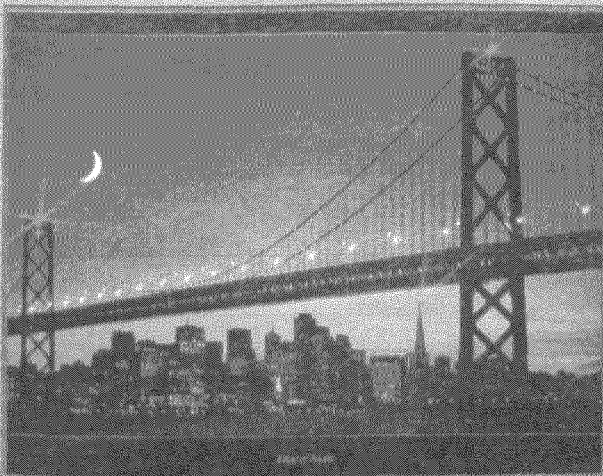
Durch viele einzelne Lämpchen werden die Konturen der Bilder speziell hervorgehoben.  
Die Atmosphäre wird dadurch zum einzigartigen Ereignis! Jedes Bild wird mit einem Adapter geliefert mit 1 Jahr Garantie.



**New York, Statue of Liberty**  
Fotomontage  
Länge 121 cm, Höhe 56 cm  
geliefert mit Adapter 220 V **Fr. 298.-**



**Las Vegas by Night**  
Lämpchen leuchten und blinken  
Länge 71 cm, Höhe 56 cm  
geliefert mit Adapter 220 V **Fr. 289.-**



**San Francisco Bay Bridge**  
Eine der schönsten Nachtaufnahmen der Bay Bridge.  
Brücke mit vielen Lämpchen beleuchtet.  
Länge 72 cm, Höhe 56 cm, geliefert mit Adapter 220 V **Fr. 289.-**

**Lieferbedingungen:** Die Preise verstehen sich franko Haus, inkl. 6,5% MWST. Nettobestellungen unter Fr. 200.- werden per NN ausgeliefert, sonst 10 Tage netto. Die Auslieferung erfolgt durch Treffpunkt-Center, 5037 Muhen (Tel./Fax 062 723 90 40). Sämtliche Vereinbarungen, Korrespondenzen etc. wollen Sie bitte direkt an diese Firma richten. Alle Reklamationen sind innert 8 Tagen zu melden. Garantie auf Elektroartikeln 1 Jahr ab Lieferung.

Senden/faxen Sie die Bestellung schnellstmöglichst an:

**TREFFPUNKT-Center/Form 2000 GmbH**  
Gehrenstr. 4, 5037 Muhen Tel./Fax 062 723 90 40

Liefen Sie mit Rückgaberecht von 8 Tagen (Rückgabe in Originalverpackung, einwandfreiem Zustand und ausreichend frankiert/eingeschrieben) gemäss unseren obenstehenden Lieferbedingungen:

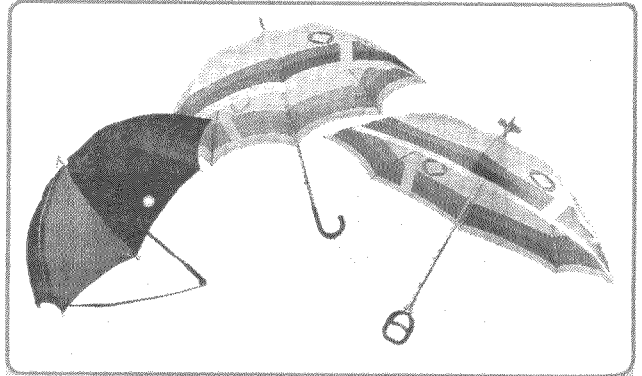
Art. Nr.	Artikel	Anzahl	Preis
920	Ricks Cafe Neonposter		sFr. 490.-
921	Metro Diner Route 66 Neonposter		sFr. 490.-
922	Blechschild Harley Davidson TWIN		sFr. 69.-
923	Modell Harley Spezial II Draht		sFr. 149.-
924	New York Statue of Liberty Leuchtbild		sFr. 298.-
925	Las Vegas by Night Leuchtbild		sFr. 289.-
926	San Francisco Bay Bridge Leuchtbild		sFr. 289.-
	Versandkostenanteil		sFr. 7.90

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
 Strasse/Nr. \_\_\_\_\_ PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
 Tel. Nr. \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

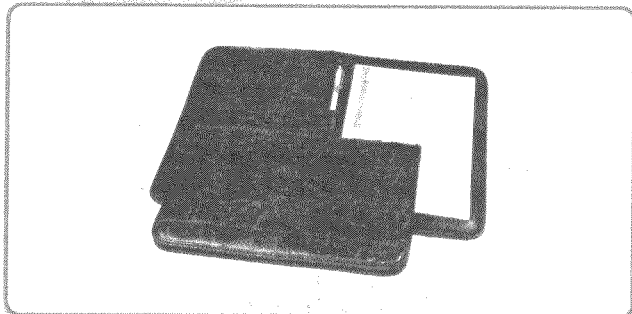
G  
E  
S  
C  
H  
E  
N  
K  
I  
D  
E  
E

# Weihnachten steht vor der Tür!

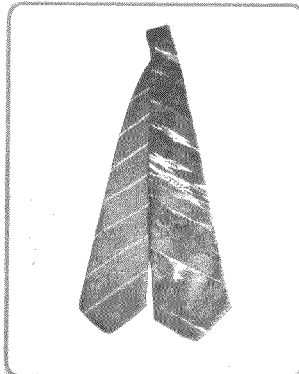
Die FDP hat eine Reihe von qualitativ hochstehenden Accessoires mit einem diskret-elegantem «Touch» Freisinn. Wir stellen sie Ihnen hier auf dieser Seite vor. Wollten Sie nicht schon längst dies oder jenes jemandem oder sich selber schenken? Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt dafür! Benutzen Sie dafür unsere neue Konferenzmappe, tragen Sie eine FDP-Krawatte, stecken Sie sich einen Pin an, verschenken Sie die Festschrift «Hundert Jahre FDP».



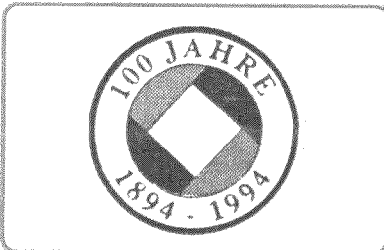
Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



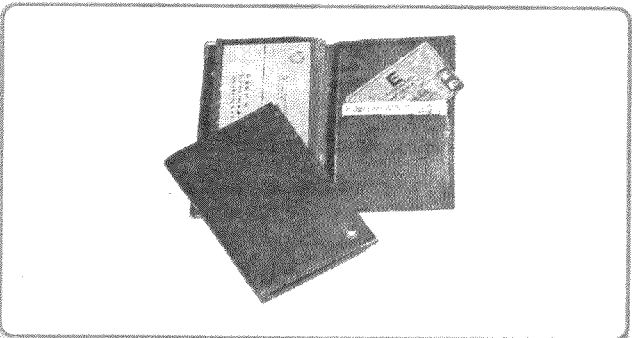
Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



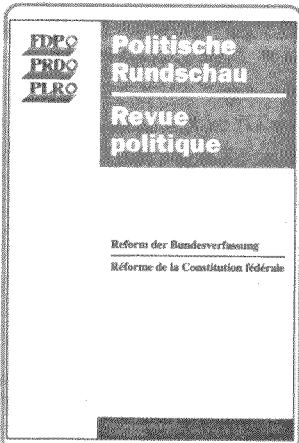
Die Krawatte classic oder die Krawatte New look, die Mann einfach haben muss.



Der FDP-Pin, den es nur alle 100 Jahre gibt.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinleder in Bordeaux.



Die Festschrift mit 24 Beiträgen von klugen Köpfen: ein Buch von 245 Seiten für die Schweiz von gestern, heute und morgen.



Weiter ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90-90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben Rot/Blau/Weiss/Schwarz gehalten.

## Talon

ICH BESTELLE:

- |                           |            |                             |            |
|---------------------------|------------|-----------------------------|------------|
| ___ Ex. Konferenzmappe    | à Fr. 40.- | ___ Ex. Holzschirm          | à Fr. 35.- |
| ___ Ex. FDP-Pin 100 Jahre | à Fr. 5.-  | ___ Ex. Krawatte classic    | à Fr. 40.- |
| ___ Ex. Portefeuille      | à Fr. 44.- | ___ Ex. Krawatte New look   | à Fr. 40.- |
| ___ Ex. Doppelschirm      | à Fr. 30.- | ___ Ex. Festschrift         | à Fr. 15.- |
| ___ Ex. Sportschirm       | à Fr. 30.- | ___ Stück FDP-Foulard 95 zu | Fr. 50.-   |

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

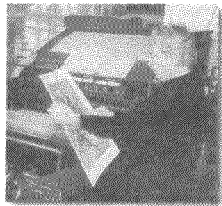
Unterschrift: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

Zum 88. Geburtstag von Hans Erni:

**Die neusten Original-Lithographien "Equus" - eine Hommage an das Pferd**

Darstellungen von Pferden gelten in der Kunst allgemein als extrem schwierig. Hans Erni hat mit seinen drei Motiven zum Thema "Equus" - das lateinische Wort für Pferd - drei Original-Lithographien geschaffen, die seine Verehrung und die Liebe zur Kreatur Pferd eindrücklich widerspiegelt. Gleichzeitig beweisen sie sein ungeheures künstlerisches Talent und sein grosses handwerkliches Können auch auf dem Gebiet der Original-Lithographie. Nur wenige Künstler beherrschen heute das Zeichnen auf den Stein so perfekt und ausdrucksstark, so kompositorisch anspruchsvoll und farblich ausgewogen wie Hans Erni.



**Hans Erni**  
"EQUUS" -  
eine Hommage  
an das Pferd

Drei Original-Lithographien limitierte Auflage von 150 Exemplaren, nummeriert von 1/150 bis 150/150, jedes Exemplar von Hans Erni handsigniert. Format 65x50 cm, auf Rives Bütten mit Verlagszertifikat



"Zügfrei" handsignierte Original-Lithographie von Hans Erni



"Kapriole" handsignierte Original-Lithographie von Hans Erni

**Subskriptionspreise**

Alle drei Original-Lithographien zus.  
Fr. 8'400.-

statt später Fr. 9'200.-

in echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, Fr. 9'980.-  
statt später Fr. 11'150.-

Einzelne Original-Lithographien

je Fr. 2'900.-

statt später Fr. 3'200.-

In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, je Fr. 3'550.-  
statt später Fr. 3'850.-

Exklusiv für die Leserinnen und -Leser von FDP Schweiz:

Hans Erni hat sich bereiterklärt, Ihr(e) Werk(e) auf Wunsch mit einer persönlichen Widmung zu versehen



"Kräftemessen" Original-Lithographie von Hans Erni

Coupon einsenden an:

**Leserangebot FDP Schweiz**, Kretz AG, Postfach 105  
8706 Feldmeilen oder via Fax 01 923 76 57

**Bestell-Gutschein mit Rückgabegarantie**

Ja, ich bestelle folgende Werke zum Subskriptionspreis:

Alle drei Original-Lithographien von Hans Erni zusammen

ungerahmt Fr. 8'400.- statt später Fr. 9'200.-

in echt Weissgoldrahmen Fr. 9'980.- statt Fr. 11'150.-

Einzelne Lithographien

Zügfrei  ungerahmt Fr. 2'900.- statt später Fr. 3'200.-

in echt Weissgoldrahmen Fr. 3'550.- statt Fr. 3'850.-

Kapriole  ungerahmt Fr. 2'900.- statt später Fr. 3'200.-

in echt Weissgoldrahmen Fr. 3'550.- statt Fr. 3'850.-

Kräftemessen  ungerahmt Fr. 2'900.- statt später Fr. 3'200.-

in echt Weissgoldrahmen Fr. 3'550.- statt Fr. 3'850.-

Preise inkl. MWST, zuzüglich Versand- und Versicherungskostenanteil.

Ich wünsche meine Original-Lithographie(n) mit folgender Widmung:

Sollten die Original-Lithographien von Hans Erni nicht meinen Erwartungen entsprechen, kann ich diese in der Originalverpackung innerhalb von 14 Tagen zurücksenden. Die Werke bezahle ich  zum Barpreis innerhalb 30 Tagen

in 3 Monatsraten (2,083% Zinszuschlag)  in 6 Raten (3,65% Zinszuschlag)

Senden Sie mir kostenlos den Kunstkatlog.

64 FDP/12/97  
1225

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Str./Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Coupon einsenden an: **Leserangebot FDP Schweiz**, Kretz AG,  
Postfach 105, 8706 Feldmeilen oder via Fax 01 923 76 57

**Sichern Sie sich noch heute dieses Meisterwerk von Hans Erni**

# Der Hamex «Joker» ein Alleskönner

Fragen Sie Ihren Ofenbauer

Kochen!

eintürig oder  
zweitürig  
Griffe vergoldet  
oder matt verchromt

Backen!

Grillieren!

Heizen!

Gemütlichkeit!

5 Tage Lieferzeit – 5 Jahre Garantie

**HAMEX**

**ÖFEN**

Grosse permanente Ausstellung

Hamex AG  
Schweizerisches  
Cheminéeofen-Zentrum  
Grossmatte-Ost 2-4  
CH-6014 Littau-Luzern  
Telefon 041-250 71 71  
Telefax 041-250 72 29  
Tel. Anmeldung vorteilhaft

**Bon** für Gratisdokumentation

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

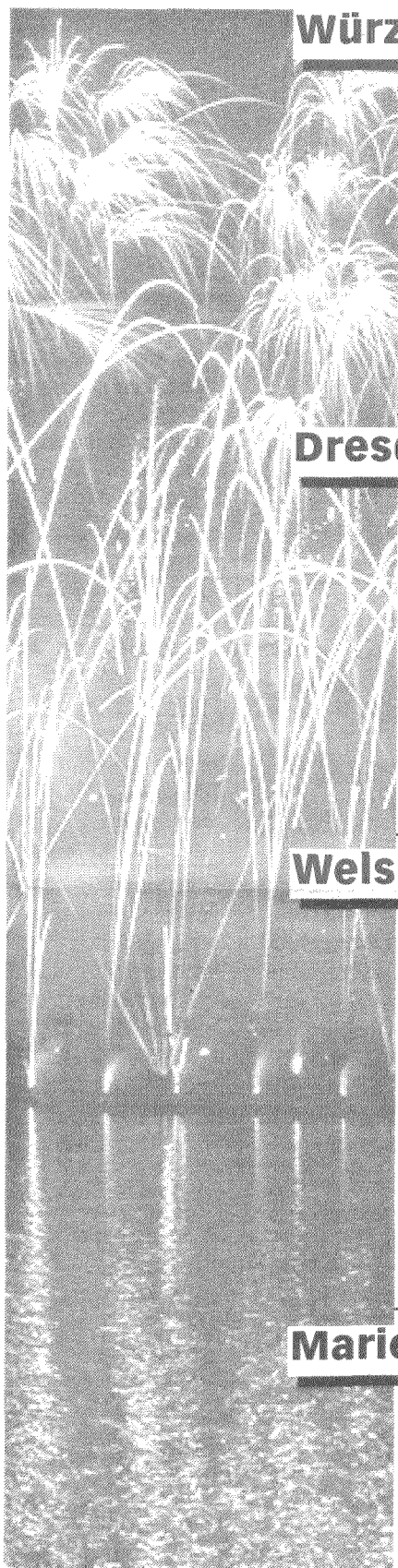
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Joker 97'11

# Traumreisen zu Silvester

## Mit grossartigen Silvesterkonzerten 9. Symphonie L.v. Beethoven



### Würzburg 29.12.97 - 1.1.98

Bamberger Symphoniker  
9. Symphonie Beethoven

29.12.97, Schweiz - Ulm - Würzburg.

30.12.97, Würzburg - Bamberg. Am Vormittag Stadtrundgang in Würzburg. Anschliessend Zeit zur freien Verfügung. Am späten Nachmittag Fahrt nach Bamberg. Neben Stadthaus und Kaiserdom erwarten Sie weitere herrliche Denkmäler sowie eine bezaubernde Altstadt. Frühes Abendessen in Bamberg. Danach Konzert zum Jahresausklang der Bamberger Symphoniker.

31.12.97. Fak. Ausflug nach Fulda. Die alte Bischofsstadt Fulda ist Hort vieler kunsthistorischer Sehenswürdigkeiten. Bestimmt einzigartig ist das berühmte Barockviertel. Abends Silvesterprogramm im Hotel.

01.01.98. Würzburg - Schweiz. Rückfahrt ab Hotel 14.00 Uhr.

#### Preise pro Person

4 Tage gem. Programm	Fr. 595.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 105.-
Fak. Ausflug Fulda	Fr. 35.-
Zuschlag Konzertkarten Kat. B	Fr. 15.-
Zuschlag Konzertkarten Kat. A	Fr. 30.-

#### Twerenbold-Leistungen

- Fahrt mit klimatisiertem Fernreisebus
- Unterkunft im Erstklasshotel Maritim in Würzburg inkl. 3x Halbpension
- Ein auswärtiges Abendessen in Bamberg
- Festlicher Silvester-Abend im Hotel
- Stadtrundgang in Würzburg
- Konzert der Bamberger Symphoniker (Kat. C)

### Dresden 28.12.97 - 2.1.98

Gewandhaus Orchester Leipzig  
9. Symphonie Beethoven

28.12.1997 Schweiz - Dresden

29.12.1997 Dresden: Am Morgen Stadtrundfahrt. Nachmittag zur eigenen Verfügung.

30.12.1997 Ausflug Erzgebirge (fakultativ).

31.12.1997 Ausflug Silberstadt Freiberg: Am Abend fakultatives Silvesterbuffet. Bei Tanz und Musik erleben Sie den Jahreswechsel.

1.1.1998 Leipzig - Neujahrskonzert: Zur Einstimmung des Neuen Jahres Besuch des Neujahrskonzertes im Gewandhaus zu Leipzig. Anschliessend Stadtrundfahrt in Leipzig.

2.1.1998 Dresden - Schweiz: Rückfahrt via Nürnberg - Stuttgart - Singen zu den Einsteigeorten.

#### Preise pro Person

6 Tage inkl. Halbpension	Fr. 695.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 150.-
Fak. Ausflug Erzgebirge	Fr. 45.-
Silvesterabend Hotel Elbflorenz	Fr. 60.-
Zuschlag Kat. 1 Neujahrskonzert	Fr. 30.-

#### Twerenbold-Leistungen

- Fahrt mit modernem Reisebus
- Unterkunft im Erstklasshotel Elbflorenz
- 5x Halbpension
- Geführte Stadtrundfahrt in Dresden
- Eintritt zum Neujahrskonzert (Kat. 3)
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

### Wels - Linz 28.12.97 - 2.1.98

Bruckner Orchester Linz  
9. Symphonie Beethoven

28.12.1997 Schweiz - Wels.

29.12.1997 Wels - Salzkammergut (fakultativ): Am Morgen Stadtrundgang durch Wels Am Nachmittag fakultativer Ausflug in die Bilderbuchlandschaft des Salzkammergutes.

30.12.1997 Ausflug nach Steyr und Abends Operette «Das Dreimäderlhaus».

31.12.1997 Wels - Silvester-Gala: Tag zur freien Verfügung. Den heutigen Abend feiern wir bei einer Silvester-Gala mit Buffet und Tanz in unserem Hotel.

1.1.1998 Linz - Neujahrskonzert: Fahrt nach Linz. Auf einer geführten Stadtbesichtigung lernen wir die Landeshauptstadt Oberösterreichs kennen. Um 16.00 Uhr beginnt im Brucknerhaus in Linz das Neujahrskonzert (Beethovens 9. Symphonie)

2.1.1998: Rückfahrt in die Schweiz.

#### Preise pro Person

6 Tage inkl. Halbpension	Fr. 795.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 130.-
Fak. Ausflug Salzkammergut	Fr. 35.-
Zuschlag Neujahrkonzert Kat. 1	Fr. 20.-

#### Twerenbold-Leistungen

- Fahrt mit modernem Reisebus
- Unterkunft im Erstklasshotel Rosenberger
- 5x Halbpension/Silvester-Gala-Buffet
- Alle Ausflüge (ausg. Salzkammergut).
- Operettenaufführung «Das Dreimäderlhaus»
- Eintritt zum Neujahrskonzert
- Geführte Stadtbesichtigung Wels
- Geführte Stadtbesichtigung Linz
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

### Marienbad 28.12.97 - 2.1.98 Westböhmisches Symphonie

28.12.97 Schweiz-Marienbad.

29.12.97 Heute lernen Sie Marienbad und Karlsbad kennen.

30.12.97 Fakultativer Ausflug nach Prag.

31.12.97 Freier Morgen in Marienbad. Am Nachmittag Ausflug Kloster Teplá, der geistigen Gründerstätte Marienbads. Im Kloster besichtigen wir die zweitgrösste Bibliothek Böhmens mit über 9000 zum Teil handgeschriebenen Büchern. Abends Rutsch ins Neue Jahr mit Silvester-Dinner, Tanz und Musik.

01.01.98 Ausschlafen und genüsslich frühstücken. Am späten Vormittag Neujahrskonzert in Marienbad. Am Nachmittag Spaziergang im Naturschutzgebiet "Kladská". Anschliessend laden wir Sie zu Kaffee und Apfelstrudel ein.

02.01.98 Heimreise in die Schweiz.

#### Preise pro Person

6 Tage inkl. Halbpension	Fr. 650.-
Einzelzimmerzuschlag	Fr. 100.-
Fak. Ausflug Prag	Fr. 50.-

#### Twerenbold Leistungen

- Fahrt mit modernem Reisebus
- Unterkunft im Hotel Zvon (gehobene Mittelklasse) inkl. 5x Halbpension
- Silvesterabend mit Tanz und Musik
- Alle Ausflüge (ausgen. fak. Ausflug Prag)
- Geführter Stadtrundgang Marienbad
- Besichtigung Kloster Teplá mit Glühwein
- Eintritt zum Neujahrskonzert
- Kaffee und Apfelstrudel
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

**Einsteigeorte:** (für alle Reisen)

- Basel
- Baden-Rüthof
- Zürich
- Winterthur

Weitere Einsteigeorte nach Vereinbarung

Verlangen Sie unsere ausführlichen Detailprogramme.  
Für Information und tel. Anmeldung  
stehen wir gerne zur Verfügung. **056-493 02 02**

Damit alle gut fahren, seit 1895.  
**TWERENBOLD**  
Fislibacherstrasse 5406 Baden-Rüthof

1997/98 ◊ Nationale Politik vor Neuausrichtung

# Wirtschaft und Politik vor der globalen Herausforderung

**Ein turbulentes Jahr neigt sich dem Ende zu: Weiterhin kämpfen wir in Wirtschaft und Politik für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies in der Einsicht, dass Arbeit Selbstverwirklichung und die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens ermöglicht und darüber hinaus sozialverträgliches Wachstum und damit schliesslich relativen Wohlstand für uns alle sichert.**

**DORLE VALLENDER,  
DR. OEC. HSG,  
NATIONALRÄTIN,  
TROGEN AR**

## Schonungslose Diagnose

Wenn wir uns auch über das Ziel einig sind, so herrscht

doch keine grosse Einigkeit darüber, wie dieses Ziel zu erreichen ist. Warum ist das so? Es fehlt schon an Einigkeit über die Diagnose des Ist-Zustandes, wie konnte es so weit kommen?

Diejenigen, die der Nationalbank den Fehler anlasten möchten, können nun aufatmen, da der Franken an Stärke gegenüber ausländischen Währungen verloren hat. Sie sollten dabei nicht vergessen, dass die Nationalbank uns vor Inflation und hohen Zinsen bewahrt hat. Aufatmen können diejenigen noch nicht, die den negativen Ausgang der EWR-Abstimmung für unseren Zustand mitverantwortlich machen. Sie müssen weiterhin auf den positiven Abschluss der bilateralen Gespräche mit der EU hoffen. Doch hat uns der faktische Alleingang die von den EWR-Gegnern unterschätzte, unter anderem negative Erfahrung gebracht, dass ein Exportland auch den ungehinderten Zugang zu Absatzmärkten braucht.

Wieder andere sehen die Fehler in unserer hohen Staatsverschuldung, sehen das Heil im New Public Management und predigen Sparen. Richtig ist, dass wir nicht dauernd über unsere Verhältnisse leben können. Andererseits ist eine intakte

Infrastruktur eine der Voraussetzungen für einen attraktiven Wirtschaftsraum.

## Fehler korrigieren

Schon diese kurze Aufzählung zeigt, dass Politik immer auch Inkaufnahme von Vor- und Nachteilen und

Entscheiden unter Unsicherheit heisst. Hier können naturgemäss Fehler auftreten. Diese sind zu korrigieren, sobald sie erkannt sind, und es sind neue Erkenntnisse ins politische Kalkül einzubeziehen: Dies gilt für Unternehmungen und Politik gleichermaßen.

In diesem Sinne braucht die gegenwärtig nationale Politik teilweise eine Neuausrichtung. Wir leben in einer Zeit, in der die Unternehmungen längstens die nationalen Grenzen überwunden haben. Unternehmer und Unternehmerinnen sind die Nomaden des 21. Jahrhunderts, sie denken nicht mehr innerhalb der engen Grenzen eines Nationalstaates, sondern mindestens innerhalb der Grenzen eines Wirtschaftsblocks, vielfach aber bereits weltweit.

## Begrenzte nationale Problemlösungsfähigkeit

Hier haben wir einen gewissen politischen Nachholbe-

darf. Wir müssen anerkennen, dass nationale Politik einen Teil unserer Probleme nur begrenzt zu lösen vermag. Bisher brauchten wir schweizerische Gesetze, die Rahmen und Schutz für wirtschaftende Menschen setzten. Heute brauchen wir neue, die Nationalstaaten überwindende Regeln, um einen zerstörerischen Kampf aller gegen alle auf internationaler Ebene zu verhindern. Es braucht mit anderen Worten ergänzende internationale Handelsregeln (zum Beispiel zu Lohn- und Umweltdumping), welche für einen fairen Wettbewerb der global tätigen Unternehmungen sorgen. Neu ist daran, dass globale internationale Standards gleichzeitig auch unsere schweizerische Lebenswelt mit gestalten. Insofern hat beispielsweise internationale Handels-, Umwelt-, Verkehrs- oder Forschungspolitik immer auch Auswirkungen auf nationale Politik.

## ZUM THEMA

Wir leben in einer Zeit, in der die Unternehmungen längstens die nationalen Grenzen überwunden haben.

Wir müssen anerkennen, dass nationale Politik einen Teil unserer Probleme nur begrenzt zu lösen vermag.

Wirtschaften ist also nie Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck.



Dorle Vallender

Hier schliesst sich der Kreis, und wir gelangen zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück. Ziel unserer Politik ist der relative Wohlstand von uns allen. Wirtschaften ist also nie Selbstzweck, sondern immer nur Mittel zum Zweck.

Dieses Ziel ist mit ausschliesslich nationaler Politik im 21. Jahrhundert nicht mehr zu erreichen. In dem Masse, wie es uns gelingt, auch politisch die nationalen Grenzen zu überwinden und die internationalen Regeln der Fairness mit zu gestalten und zu verbessern, leisten wir nicht nur einen schweizerischen Beitrag zu einer Welthandels-, sondern auch zu einer Friedensordnung. In dieser Sicht überwindet die Globalisierung die ihr jetzt vielfach zugeschriebene Bedrohung und erscheint vielmehr als Chance und Bereicherung der nationalen Lebenswelt.

## IMPRESSUM

### Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)

### VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

### INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

### DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren  
Einzelnummer Fr. 2.-  
Jahresabonnement Fr. 20.-



**WETTBEWERB** Was geht für Bundesrat Villiger wohl Richtung unten?

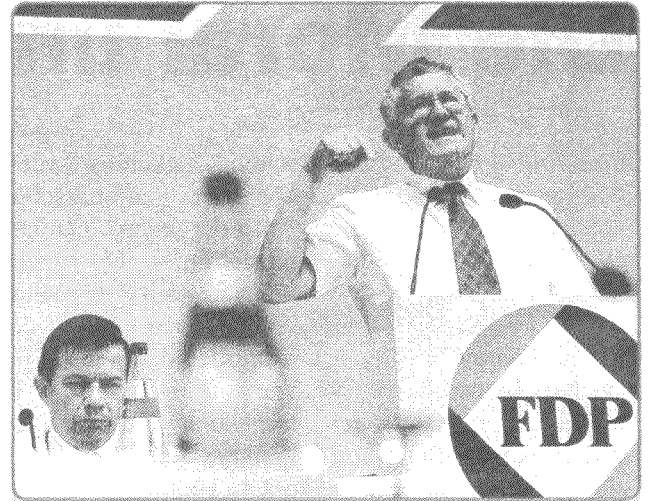
# Was geht abwärts?

GUS. FDP-Bundesrat Kaspar Villiger hat an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz der versammelten Runde ordentlich die Leviten gelesen. Anders kann er fast nicht interpretiert werden, so wie er hier die Abwärts-Geste zeigt und Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger offensichtlich betreten dreinschaut. Bleibt die Frage offen, was denn so abwärtsgehe, wie es der Zeigfinger unseres Bundesrates vermuten lässt...

Die «Freisinn»-Redaktion stellt Ihnen die Frage, was denn wohl abwärtsgehe. Sind es die Wähleranteile der CVP, ist es die Gesprächskultur gewisser Parlamentarier oder ist es die Konsumentenstimmung im Lande?

Wir überlassen es Ihnen, eine originelle und humorvolle Idee zu präsentieren. Unter den besten Einsendungen verlosen wir wie-

derum ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard. Die besten Einfälle werden in der nächsten Ausgabe des «Freisinn» vorgestellt. Wir hoffen auf Ihre Mithilfe, liebe Leserinnen und Leser!



FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger und FDP-Bundesrat Kaspar Villiger auf dem Podium in Zug. (Photo ruti)

## TERMINE

### Januar

- 19.-23. Sondersession (BV Eintretensdebatte)  
13. Presseverband  
23./24. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat / Delegiertenversammlung (Zürich)

### Februar

13. Von-Wattenwyl-Gespräch  
13./14. Fraktionssseminar  
20./21. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

### März

- 2.-20. Frühjahrssession  
5. Geschäftsleitung  
10. Beamtencocktail  
15. Eidgenössische Abstimmung  
17. Presseverband / Essen mit der Fraktion

### April

- 27.-30. Sondersession  
Treffen mit FDP-Regierungsrätinnen und -räten  
14. Presseverband  
16. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung  
17. Fraktionssitzung / Delegiertenrat  
18. Fraktionssitzung  
17./18. Ordentliche Delegiertenversammlung (Bern)

### Mai

15. Von-Wattenwyl-Gespräch  
29. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

### Juni

- 8.-26. Sommersession  
7. Eidgenössische Abstimmung

## Sessionsgeflüster

«Meili – mein Gott», formulierte CVP-Ständerat Carlo Schmid (AI) in der Diskussion um den Schutz der Informanten und warnte davor, eine Denunziationsnorm in unser Recht aufzunehmen.

★

«Alles fliesst», zitierte Niklaus Kuchler (CVP/OW) in der ständerätlichen Debatte über die Bahnreform, was Bundesrat Moritz Leuenberger zur spitzen Bemerkung veranlasste, ob der Gotthard-Befürworter damit wohl die geologisch schwierige Piora-Mulde gemeint habe...

★

«Wenn Sie sich für den bundesrätlichen Text entscheiden, so können wir damit leben», meinte ein hoher EJPB-Beamter zu Neuerungen beim Asylgesetz, von den Vorschlägen des Bundesrates offenbar nur beschränkt begeistert.

Mutzi

(Talon zum Herausschneiden)

## Ich weiss, was abwärtsgeht:

« \_\_\_\_\_ »  
\_\_\_\_\_ »

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden oder faxen an:

FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn»,  
Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

GALERIE  
RIGASSI

## Svetlana Kopystianski

26. November 1997 – 31. Januar 1998

Öffnungszeiten: Di-Fr 9.30–12.30 Uhr, 15–18.30 Uhr,  
Do –19.30 Uhr; Sa 10–12.30 Uhr, 14–16 Uhr

CH-3011 Bern, Münsterstrasse 62,  
Tel. (031) 311 69 64, Fax (031) 312 58 78

<http://www.swissart.ch/rigassi/>; e-mail: [rigassi@access.ch](mailto:rigassi@access.ch)

# Noch einmal: Die Moral und die Schweiz

*Eine Entgegnung auf den Beitrag von Elmar Fischer im «Freisinn» vom Oktober 1997:*

22mal kommt in Elmar Fischers Beitrag das Wort Moral, moralisch oder ethisch vor. Er glaubt mit einer von strengster Selbstkritik beherrschten Haltung ein «vernichtendes Urteil über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg» abwenden zu können. Er verlangt eine die Grenzen der juristischen Betrachtungsweise überschreitende Wertung des schweizerischen Verhaltens, die in eine «Wiedergutmachung des vom nationalsozialistischen Deutschland ausgegangenen Rechtsbruchs» ausmünden soll. Noch sei Zeit, «den moralischen Anschuldigungen mit moralischer Grösse» zu begegnen. Derart formulierte Richtlinien für unsere Behörden in der laufenden Auseinandersetzung dürfen m.E. auf keinen Fall das letzte Wort in der freisinnigen Parteipresse sein. Rechtliche Massstäbe seien unzureichend: In einer Zeit, da brutalste Macht dominiert, ist jedoch mit der Befolgung des Rechts bereits schon eine erste, vielleicht die wichtigste moralische Anforderung erfüllt. Im Zweiten Weltkrieg sind Fälle von Grausamkeiten und Ungerechtigkeiten vorgekommen wie Sand am Meer. Welcher Staat hat in diesem Krieg, der auch für die neutrale Schweiz ein Überlebenskampf war,

schon lückenlos allerhöchsten moralischen Anforderungen genügt? Immerhin hat die Schweiz, mit viel Glück vom Übergreifen der Kampfhandlungen auf ihr Territorium verschont, in folgenden wichtigen Punkten eine moralgeprägte Haltung gezeigt:

■ Sie hat als einziges direktes Nachbarland des mit allen Mitteln die Weltherrschaft anstrebenden Nationalreichs Demokratie und Mehrsprachigkeit aufrechterhalten, den Rassenwahn abgelehnt und sich auch in ihrer Insellage in einem Meer von Gewalt und Unfreiheit nicht einfach vereinnahmen oder gleichschalten lassen.

■ Sie hat bei der Konferenz von Evian 1938 in der Flüchtlingsfrage Aufnahmebereitschaft gezeigt, während spätere alliierte Grossmächte knifften.

■ Wie ihr von weltweit anerkannten Kennern des internationalen Rechts bescheinigt worden ist, hat sie während des Krieges die Regeln des allgemeinen Völkerrechts, insbesondere auch die (von den USA mitunterscribenen) Bestimmungen des V. Haager Abkommens über die Landkriegsneutralität, im wesentlichen korrekt eingehalten. Die Institution der Neutralität – von jedem Kriegführenden phasenweise als Benachteiligung seiner Interessen empfunden – mag heute in einer völlig veränderten Sicherheitsstruktur

umstritten sein; über die prinzipielle Gültigkeit der bis heute geltenden, zugegebenermassen rudimentären Rechtsregeln kann aber kein Zweifel bestehen. Aus der Sicht des uns damals suggerierten Kreuzzugs oder gerechten Krieges betrachtet: Ein Kriegseintritt der Schweiz hätte den Alliierten lediglich in der allerletzten Phase des Krieges etwas gebracht.

■ Wer Gutes tun will, muss vorerst selbst überleben. Die Schweiz, in der Kriegszeit Rückhalt für das IKRK und x-fache Interessenvertreterin kriegführender Staaten auf der

Feindseite, hat nach dem Kriege humanitäre Hilfe in einem Ausmass geleistet, das proportional keinen Vergleich zu scheuen braucht. In der Rückschau darüber zu urteilen, wo während des Krieges mehr hätte getan werden können und müssen, ist leicht.

■ Im Washingtoner Abkommen von 1947 und heute wieder hat die Schweiz, effektiv ohne eigentliche Rechtspflicht, einfach aus der Sicht des verschont Gebliebenen und nur schon deshalb wahrscheinlich doch nicht immer Korrekten, Barmherzigen und Unei-

gennützigen beträchtliche finanzielle Leistungen erbracht (die ihr heute zum Teil als Schuldanerkenntnis angelastet werden). Wer tut es ihr gleich?

Gerechtigkeit muss das Ziel sein. Eine von Selbstanklagen geprägte und kleinmütige Haltung unseres Staates in der laufenden und vermutlich noch lange andauernden Auseinandersetzung vergrössert jedoch das Übel und schadet unserem Ansehen letztlich mehr, als sie nützt.

*Richard Ochsner,  
Hilterfingen BE*

## Ist das Drei-Kreise-Modell rassistisch?

*Eine Entgegnung zum Leserbrief von Richard Martin in der November-Ausgabe des «Freisinn»:*

Richard Martin sieht die Auffassung der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) durch das kürzlich erfolgte Bundesgerichtsurteil desavouiert. Das ist eindeutig nicht der Fall. Das Urteil konnte sich nur zur Frage äussern, ob ein klagender Saisonier aus dem 3. Kreis einen Rechtsanspruch geltend machen könne und die Schweiz in ihrer Zulassungspolitik rechtlich eingeschränkt sei. Das musste das hohe Gericht zu Recht verneinen. Dies schliesst aber nicht aus, dass das inzwischen auf-

gegebene Drei-Kreise-Modell mit seiner Symbolik dem Rassismus Vorschub leistete und mit rassistischen Argumenten (negativen Kulturzuschreibungen für bestimmte Gebiete) auch von Amtsstellen ursprünglich begründet wurde. Ein zweiter (nicht zufälliger) Irrtum: Die EKR hat noch nie eine Gemeinde getadelt, weil sie den Begriff «Zigeuner» verwendet hat. Wir verwenden ihn, gerade in unserer eigenen jüngsten Broschüre «Tangarm», selber. Der Einsatz und die Bedeutung von Wörtern hängen zu einem grossen Teil vom Kontext, von der Absicht und der entsprechenden Wirkung ab. Es sind die Gegner des Antirassismus-

Gesetzes, welche die Einschränkungen drastischer darstellen wollen, als sie in Wirklichkeit sind, um so die elementaren Schutzbestimmungen zu verunglimpfen. Der Bundesrat hat völlig richtig gehandelt, als er die Attacke auf das Antirassismus-Gesetz abgelehnt hat. Herr Martin darf, falls das seine Sorgen sind, trotzdem weiterhin von «Zigeunerbaron» reden, er sollte aber nicht die Meinung unterstützen, dass die Ausländer krimineller seien. Denn diese Meinung ist in der Tat rassistisch und obendrein im Ansatz und in der Aussage falsch.

*Prof. Georg Kreis  
Basel*

**Bilaterale Verhandlungen  
als Sisyphus-Arbeit.**



Karikatur Andreas Töns

AGRAPOLITIK 2000  Eckpunkte

# Jetzt aufgleisen!

**Die Debatte im Nationalrat zur Agrarpolitik erzeugte ein grosses und fast einseitiges Echo, der Tenor lautete, die Bauern hätten sich wieder durchgesetzt und ihre Kässeli ins Trockene gebracht, alles bleibe beim alten. Diese selten spezifizierte Kritik verfehlt die Stossrichtung der im Rat materiell effektiv gefassten Beschlüsse. Dass sich gar verschiedene Parlamentarier post festum zum öffentlichen «*mea culpa*» haben hinreissen lassen, erstaunt schon ein wenig.**

PHILIPPE MÜLLER,  
GENERALSEKRETARIAT  
FDP



Durch die Vorlage, wie sie nach der nationalen Beratung auf dem Tisch liegt, werden unter anderem die folgenden planwirtschaftlichen Instrumente liquidiert und erscheinen somit nicht mehr im neuen Gesetz:

- Absatzgarantie und Übernahmepflicht bei der Milch
- Ablieferungspflicht
- Abgabe auf Verkehrsmilch (Rückbehalt)
- Abgabe auf Konsummilch
- Abgaben für entrahmte Milch und Milchprodukte
- Verschiedene Preiszulagen bei der Käseproduktion
- Preis- und Margengarantien für Verarbeiter und Handel (Unionskäse)
- Verbilligung Schmelzrohmaterial
- Sonderverbilligungen Weich- und Halbhartkäse
- Bewilligungspflicht für neue Käsesorten
- Verbilligung von Vorzugs-, Koch- und eingesotener Butter
- Verbilligungsbeiträge für Magermilchpulver in Milchersatzfuttermitteln
- Abnahme- und Preisgarantie für eine bestimmte Garantiemenge Brotgetreide

- Übernahmepflicht der Mühlen
- Verwertungskostenbeitrag der Brotgetreideproduzenten
- Vermahlungsabgabe
- Anbauprämien für Futtergetreide.

Die in der Agrarpolitik eingeleitete Kurskorrektur wird also offensichtlich akzentuiert.

## Handlungsbedarf

Ist die Kritik an der Vorlage somit sachlich nicht haltbar, alles nur eine Frage der richtigen Kommunikation? So einfach ist es nicht. Zwar trifft es zu, dass die Hauptergebnisse der «ersten Runde» in der Berichterstattung nicht gebührende Beachtung fanden. Aber die Vorlage weist zur Zeit noch etliche Mängel auf, was sich augenfällig insbesondere darin äussert, dass der Bundesrat aufgrund der viel Spielraum eröffnenden Fassung die Möglichkeit behielt, die aktuelle, vielkritisierte Politik grundsätzlich weiterzuführen (je nach Grösse des Finanzrahmens, Aufteilung der Mittel auf die Bereiche «Marktstützung» oder «Direktzahlungen» usw.). Natürlich ist dem Bundesrat zu glauben, wenn er versichert, die agrarpolitische Reform weiter voranzutreiben. Trotzdem stünde es dem Ständerat gut an, in der

Wintersession verbindlicher zu legiferieren als der Nationalrat in der Herbstsession; dies nicht nur mit Blick nach vorn auf kommende agrarpolitische Umnengänge, sondern auch mit Blick zurück auf die Abstimmung zu Art. 31<sup>octies</sup> Bundesverfassung, als das Volk sich klar für mehr Markt im Agrarbereich ausgesprochen hat. Mit folgenden Änderungen könnte das Gesetz erheblich griffiger gestaltet werden.

■ Verbindlicher Abbau der Marktstützung im Milchbereich um 50% gegenüber der Referenzperiode 95/98 innert zehn Jahren ab Inkrafttreten des Gesetzes. Somit verbleibt genügend Entscheidungsfreiheit anlässlich einer Neubeurteilung nach Ablauf der vorgesehenen Frist.

■ Die gemäss Art. 6 des Entwurfes bewilligten Kredite sind für die einzelnen Bereiche (z.B. Marktstützung, Direktzahlungen) einzuhalten und nicht als Gesamtplafond. Die Version Nationalrat eröffnete die Möglichkeit, beispielsweise nicht ausgeschöpfte Direktzahlungskredite im Rahmen der Marktstützung zu verwenden.

■ Die Zulage für Fütterung ohne Silage ist zu streichen. Ist eine grössere Beliebtheit entsprechender Produkte beim Konsumenten vorhanden, wird sich dies in einem höheren Preis niederschlagen; fehlt sie, so fehlt auch der Grund für die Zulage. Es ist unsinnig, den Gegnern der Vorlage Argumente zu liefern für einen Beitrag, der ohnehin aus dem vorgegebenen Zahlungsrahmen zu alimentieren wäre. Ausserdem besteht die bisherige

Siloverbotzulage noch während der Übergangsfrist weiter.

■ Die Möglichkeit des Kontingentaufkaufes durch den Bund lässt sich weder *de iure* (kein wohlverworbene Recht, womit die Entschädigungspflicht entfällt) noch *de facto* (politisch sehr heikel) rechtfertigen. Sie ist zu streichen.

■ Die noch bestehenden Fonds («Kässeli») sind aufzuheben. Es handelt sich dabei um den Fleischfonds, die Preisausgleichskasse für Eier und Eiprodukte und den Pflanzenschutzfonds. Die Aussage, die Fonds würden durch zweckgebundene Zollerträge und somit nicht durch Bundesmittel geäufnet, ist fadenscheinig: Die entsprechenden Erträge fehlen einfach in der Bundeskasse. Die Fonds führen ein schwer kontrollierbares Eigenleben ausserhalb der Bundeskasse und haben heutzutage in vielerlei Hinsicht keine Existenzberechtigung mehr.

■ Fütterungsverbot von Antibiotika und Wachstumsregulatoren.

■ Die «stillgelegten» parastaatlichen Organisationen (Käseunion und Butyra) sind zu liquidieren. Die Organisationen werden nur in der Botschaft erwähnt, jedoch nicht im Gesetz. In den Übergangsbestimmungen ist eine entsprechende Norm aufzunehmen.

## Schweizer Unikum?

Insbesondere links-grüne Kreise wenden sich (in für sie fast systemwidriger Weise) gegen jedwelche staatliche Marktstützung, wie sie im Milchbereich vorgesehen ist. Zu hören ist bisweilen auch der vermeintliche Vergleich mit anderen Wirtschaftsbranchen, die sich ohne Marktstützung auf dem Weltmarkt behaupten müssen. Die Gleichsetzung von «Konkurrenzfähigkeit auf den Agrarmärkten» und «Weltmarktpreisniveau» ist

jedoch unzutreffend: Der Weltmarktpreis für Agrargüter hat wenig zu tun mit den Produktionskosten der meisten Landwirte dieser Erde und liegt bisweilen auch deutlich unter dem EU-Niveau. Er widerspiegelt nicht die Kostenstruktur eines globalen «Durchschnittsbauern», sondern ist Folge von Überschüssen, die weltweit zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen werden. Zur Verdeutlichung: Entwicklungsländer, die sich keine staatlichen Massnahmen leisten können, bezahlen die günstigen Überschussimporte mit dem Verlust der eigenen Agrarstruktur und als Folge davon mit Versorgungsengpässen im Falle globaler Preisschwankungen nach Missernten.

Die besagte Überschussproduktion ihrerseits ist auch andernorts nur unter dem Schutz staatlicher Massnahmen möglich, woraus erhellt, dass nebst der Schweiz viele andere Staaten dem Agrarsektor eine besondere Bedeutung beimessen.

In Anbetracht der speziellen Bedeutung des Agrarsektors ausserhalb der reinen Nahrungsmittelproduktion und auch der besonderen Eigenschaften der Agrarmärkte dürfte eine Unterstützung der Landwirtschaft auch in der Schweiz weiterhin nicht stark bestritten sein. Ebenfalls anerkannt wird mehrheitlich, dass eine einseitige auf Direktzahlungen ausgerichtete Konzeption nicht genügt; folgerichtig sieht der Entwurf zur Unterstützung einer produzierenden Landwirtschaft noch produktgebundene Stützungen vor. Hier gilt es, eine Lösung zu finden, die vom Volk noch mitgetragen wird, und welche die für die Landwirtschaft durch das neue Gesetz eröffneten Chancen aufrechterhält. Es ist am Ständerat, diese Lösung zu realisieren. ■